



A 22127 C

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1989	
Die Lage der Weltwirtschaft .....	519
Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland .....	526

# DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

# WOCHENBERICHT 43/89

Berlin

26. Oktober 1989

2. Ex.

56. Jahrgang

## Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1989

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., Essen:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin  
(Institut für Konjunkturforschung)

HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg

Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch-Westfälisches Institut  
für Wirtschaftsforschung, Essen

Abgeschlossen in Hamburg am 19. Oktober 1989

### Die Lage der Weltwirtschaft

#### Überblick

Der zügige Anstieg von Nachfrage und Produktion in den Industrieländern setzte sich im Sommerhalbjahr 1989 fort. Allerdings zeigten sich von Land zu Land deutliche Unterschiede im Tempo der konjunkturellen Expansion. Während es in den USA, Kanada und Großbritannien zu einer merklichen Verlangsamung kam, nahm das Sozialprodukt in den meisten Volkswirtschaften Westeuropas und in Japan unverändert lebhaft zu.

Kräftige Impulse erhielt die Konjunktur von der Investitionstätigkeit der Unternehmen. Sie wurde durch anhal-

tend günstige Gewinnerwartungen und eine hohe Auslastung der Kapazitäten stimuliert. Die Beschäftigung wurde deutlich ausgeweitet; zunehmend wurden Verknappungen auf Teilgebieten des Arbeitsmarktes spürbar. In den meisten Ländern gingen die Arbeitslosenquoten weiter zurück. Der Lohnkostendruck erhöhte sich bei nur allmählich stärker steigenden Löhnen und nach wie vor beträchtlichen Produktivitätszuwächsen wenig. Der Preisauftrieb ließ in den letzten Monaten etwas nach; vor allem ging die Hausse der Preise für Erdöl und andere Rohstoffe zu Ende. Die anhaltend starke wirtschaftliche Aktivität und die zunehmende internationale Arbeitsteilung

regten den Welthandel weiterhin kräftig an. Dabei verringerten sich die hohen außenwirtschaftlichen Defizite führender Industrieländer nur wenig, verschiedentlich wurden sie sogar größer. Der Überschuß der Bundesrepublik Deutschland nahm beträchtlich zu.

Der Dollar tendierte weiterhin zur Stärke; kursstützend wirkte sich wohl vor allem aus, daß in den USA der Preisanstieg weniger ausgeprägt war als allgemein erwartet und deshalb die Gefahr von Inflationsbeschleunigung und nachfolgender Rezession geringer eingeschätzt wurde. Die amerikanische Zentralbank lockerte daher im Frühsommer ihren restriktiven Kurs ein wenig, und die Zinsen gaben etwas nach. Umgekehrt sahen sich die Zentralbanken in Japan und vor allem in Westeuropa durch die Furcht vor einer konjunkturellen Überhitzung und durch den Anstieg des Dollarkurses zu einer weiteren monetären Straffung veranlaßt. Zudem wurde versucht, den Dollarkurs durch umfangreiche Interventionen zu drücken. Wechselkursüberlegungen spielten auch bei der jüngsten Zinserhöhungsrunde in den Ländern des Euro-

päischen Währungssystems (EWS) eine wichtige Rolle. Hielten die Zentralbanken an einer derartigen Orientierung ihrer Politik fest, so würde dies die Gefahr einer un stetigen monetären und damit schließlich auch konjunkturellen Entwicklung heraufbeschwören. Da sich gegenwärtig keine Zuspitzung der Inflationsprobleme abzeichnet, besteht aber Grund zu der Annahme, daß die Geldpolitik in Westeuropa und in Japan ihren Kurs auf absehbare Zeit nicht mehr verschärft. Andererseits wird unterstellt, daß die Zentralbank der USA angesichts des relativ günstigen Konjunkturverlaufs ihre Politik nur zögernd weiter lockern wird, um die allmähliche Eindämmung des Preisauftriebs nicht zu gefährden. Dies ist auch eine wichtige Voraussetzung für die Annahme, daß sich der reale Wechselkurs des Dollars im Prognosezeitraum kaum ändern wird.

Die Finanzpolitik der meisten Industrieländer verfolgt zwar weiterhin das Ziel, die Defizite und den Staatsanteil am Sozialprodukt zu verringern. Die Verminderung der Fehlbeträge geht aber im großen und ganzen kaum über

**Reales Bruttosozialprodukt und Verbraucherpreise in den westlichen Industrieländern**  
Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr<sup>1)</sup>

	Gewicht in vH	Bruttosozialprodukt			Verbraucherpreise		
		1988	1989	1990	1988	1989	1990
Bundesrepublik Deutschland	9,3	3,6	4,0	3,0	1,2	3,0	3,0
Frankreich	7,3	3,4	3,5	3,0	2,7	3,5	3,0
Italien	6,3	3,9	3,5	3,0	5,0	6,5	6,5
Großbritannien	5,6	4,4	2,0	1,5	4,9	7,5	6,5
Spanien	2,4	5,0	4,5	3,5	4,8	6,5	6,0
Niederlande	1,8	3,0	4,0	3,0	0,7	1,0	2,0
Schweiz	1,4	3,2	3,5	2,5	1,9	3,0	3,5
Schweden	1,3	2,3	2,0	1,0	5,8	6,5	6,5
Belgien	1,1	4,2	3,5	2,5	1,2	3,0	3,0
Österreich	1,0	4,2	4,0	3,0	2,0	3,0	3,0
Dänemark	0,8	-0,4	0,5	1,0	4,6	4,5	4,0
Finnland	0,7	5,2	4,0	2,5	5,1	6,5	6,5
Norwegen	0,7	1,1	3,0	2,0	6,7	5,0	4,5
Westeuropa <sup>2)</sup>	39,7	3,7	3,4	2,7	3,2	4,6	4,4
USA	37,2	4,4	3,0	1,75	4,1	5,0	4,75
Japan	19,7	5,7	4,5	4,0	0,7	2,5	2,5
Kanada	3,4	5,0	2,5	2,0	4,1	5,0	5,0
Insgesamt <sup>2)</sup>	100,0	4,4	3,4	2,6	3,1	4,4	4,2
Nachrichtlich: Insgesamt <sup>3)</sup>		3,7	3,3	2,5	3,2	4,4	4,3

<sup>1)</sup> Veränderungsraten für 1989 und 1990 geschätzt. — <sup>2)</sup> Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet gemäß Bruttosozialprodukt von 1987. — <sup>3)</sup> Gewichtet mit Anteilen an der deutschen Ausfuhr 1987.

den Umfang der mit der raschen konjunkturellen Expansion verbundenen Mehreinnahmen und Minderausgaben hinaus. Für das nächste Jahr zeichnen sich nur in wenigen Ländern Wirkungen der Finanzpolitik auf die Konjunktur ab: stimulierende in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge der beachtlichen Steuersenkung und retardierende in den USA mit einem erneuten Anlauf zur Konsolidierung.

Unsicherheit über die weitere Entwicklung von Produktion, Kosten und Preisen in den Industrieländern und damit wiederum über Reaktionen der Wirtschaftspolitik hierauf ergibt sich nicht zuletzt daraus, daß das Produktionspotential unter anderem wegen der Anwendung neuer Techniken und wegen flexiblerer Betriebszeiten größer sein könnte, als es frühere Erfahrungen erwarten lassen. Die 1987 in den USA und 1988 in Westeuropa eingeleitete Einengung der — zuvor stark ausgeweiteten — monetären Spielräume spricht dafür, daß selbst bei einer relativ hohen Auslastung des Produktionspotentials nicht mit einem Aufflammen von Inflationserwartungen und einer starken Beschleunigung des Lohnanstiegs zu rechnen ist. Die Weltmarktpreise für Rohstoffe werden weiter leicht sinken. Der Preis für Erdöl dürfte im nächsten Jahr — unter der Annahme, daß es nicht zu abrupten Änderungen auf der Angebotsseite kommt — eine ähnliche Höhe wie in den letzten Monaten haben.

Alles in allem wird die wirtschaftliche Entwicklung in den Industrieländern im weiteren Verlauf dieses Jahres und im nächsten Jahr durch die erreichten Fortschritte bei der Verbesserung der Wachstumsbedingungen, die vor allem die Investitionsneigung verstärkt haben, anhaltend begünstigt werden. Gleichwohl werden die retardierenden Auswirkungen der monetären Stabilisierungsbemühungen an Einfluß auf die Nachfrage gewinnen. Bisher galt dies vor allem für die USA; die Expansion der Inlandsnachfrage wird dort sicherlich weiter gedämpft werden, da sich die jüngste Lockerung der Restriktionen noch in engen Grenzen hielt. Im Laufe des nächsten Jahres wird sich aber der Konjunkturanstieg auch in Westeuropa verlangsamen, wo es bisher lediglich in Großbritannien zu einer deutlichen Abflachung der Produktionszunahme kam. Tendenziell gilt dies ebenso für Japan, wenngleich dort das Expansionstempo immer noch beachtlich hoch sein dürfte.

Das reale Bruttosozialprodukt der Industrieländer wird bei dieser Prognose des Konjunkturverlaufs im Jahre 1989 um rd. 3 ½ vH und im Jahr 1990 noch um etwa 2 ½ vH steigen. Die laufende Rate wird dabei im nächsten Jahr etwas geringer als die durchschnittliche Rate sein, und die Auslastung des Potentials wird leicht sinken. Dies stützt die Erwartung, daß nicht mit einer Zuspitzung der Inflationsprobleme zu rechnen ist. Allerdings wird bei einer Verteuerung der privaten Lebenshaltung von reichlich 4 vH im Jahre 1990 die Bereitschaft der Wirtschaftspolitik zur Lockerung der Stabilisierungsmaßnahmen wohl noch gering bleiben.

Die allmähliche Verlangsamung des Konjunkturanstiegs in den Industrieländern wird über einen nachlassenden Importsog und tendenziell nachgebende Preise für viele Rohwaren auch auf die übrige Welt ausstrahlen. Deren Ausfuhrerlöse werden schwächer zunehmen, so daß sich die Leistungsbilanzen dort tendenziell passivieren werden. Eine Entschärfung der Verschuldungsprobleme wird damit wieder schwieriger werden, sofern die Industrieländer nicht bereit sind, die Handelsbarrieren auch für Importe aus Entwicklungsländern merklich zu verringern.

#### **Weitere Verlangsamung des Konjukturanstiegs in den USA**

In den USA hat sich der konjunkturelle Anstieg weiter verlangsamt. Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte im Sommerhalbjahr nur noch mit einer laufenden Jahresrate von reichlich 2 vH zugenommen haben; im Verlauf des vergangenen Jahres hatte sie noch 3 ½ vH betragen. Die Kapazitätsauslastung verringerte sich leicht, sie war aber immer noch hoch. Der Anstieg der Beschäftigung schwächte sich ab, und die Arbeitslosenquote verharrte bei reichlich 5 vH. Der Preisauftrieb hat etwas nachgelassen. Das Handelsbilanzdefizit sank bei anhaltend kräftiger Ausweitung der Exporte weiter; dennoch wurden kaum Fortschritte bei der Reduzierung des Leistungsbilanzdefizits erzielt.

Die Zunahme der Inlandsnachfrage blieb wiederum hinter der gesamtwirtschaftlichen Expansion zurück. Insbesondere verlangsamte sich der Anstieg des privaten Verbrauchs bei mäßiger Einkommensentwicklung und deutlich erhöhter Sparneigung. Dagegen gingen von den Ausrüstungsinvestitionen spürbare Impulse auf die Inlandsnachfrage aus; anregend wirkten die hohe Auslastung der Kapazitäten und die noch günstigen Ertragserwartungen. Die Investitionen im Wohnungsbau gingen indes merklich zurück, dies wohl auch wegen der erhöhten Zinsen.

Der Preisauftrieb hat sich in den letzten Monaten wieder etwas abgeschwächt. Von Bedeutung war vor allem, daß sich die Energiepreise nach der starken Erhöhung im Frühjahr ermäßigten. Dies trug neben der konjunkturellen Verlangsamung dazu bei, daß die Erzeugerpreise nur noch wenig stiegen. Auch die private Lebenshaltung verteuerte sich langsamer als zuvor; die laufende Jahresrate betrug im Sommerhalbjahr knapp 4 vH.

Die Zentralbank verfolgt seit Anfang 1987 einen stabilitätsorientierten Kurs; er führte zunächst zu einem deutlichen Anstieg insbesondere der kurzfristigen Zinsen. Allerdings wurden die geldpolitischen Zügel im Frühjahr 1989 angesichts der ruhigeren Preisentwicklung etwas gelockert. Die Geldmenge M2 expandierte im Verlauf des Sommerhalbjahres mit einer Jahresrate von rund 5 vH, nach knapp 3 vH im Winterhalbjahr. Die Zinsen sind

mittlerweile wieder etwas zurückgegangen. Die langfristigen Sätze liegen mit 8 % um reichlich einen Prozentpunkt unter dem Höchstwert vom Frühjahr; diese Entwicklung spiegelt wohl vor allem eine Abschwächung der Inflationserwartungen wider. Der vorsichtige geldpolitische Kurs dürfte vorerst beibehalten werden, um die Eindämmung des Kosten- und Preisauftriebs nicht zu gefährden. Im Laufe des nächsten Jahres, wenn sich die konjunkturelle Expansion weiter verlangsamt und der Preisauftrieb nachläßt, wird die Zentralbank die Zügel vermutlich weiter lockern.

Das Defizit im Bundeshaushalt war im Ende September abgelaufenen Haushaltsjahr trotz konjunktureller Mehreinnahmen wohl etwa ebenso hoch wie im vorangegangenen Jahr, als es 155 Mrd. \$ (3,2 vH des Bruttosozialprodukts) betragen hatte. Insbesondere fielen zusätzliche Ausgaben in Höhe von 20 Mrd. \$ für die Sanierung von Spar- und Darlehensbanken an. Im laufenden Haushaltsjahr wird das ausgewiesene Defizit vor allem deshalb wieder deutlich sinken, weil weitere Ausgaben für die Sanierung der Spar- und Darlehensbanken außerhalb des offiziellen Budgets verbucht werden. Die nach dem Gramm-Rudman-Hollings-Gesetz zulässige Defizitobergrenze von 110 Mrd. \$ dürfte allerdings erheblich überschritten werden. Insgesamt wird die Finanzpolitik die Konjunktur im kommenden Jahr wohl leicht dämpfen.

Bei dieser Wirtschaftspolitik dürfte sich die Zunahme der Inlandsnachfrage im Jahre 1990 nochmals etwas verringern. Dies wird dazu beitragen, den Importzuwachs zu bremsen. Auch die Exporte werden nicht mehr so stark expandieren wie bisher, weil sich der Konjunkturanstieg im Ausland verlangsamt und die Wettbewerbsposition

amerikanischer Anbieter aufgrund der merklichen realen Aufwertung des Dollars schlechter wurde. Die Beeinträchtigung der Absatzaussichten, die leicht sinkende Kapazitätsauslastung und die immer noch vergleichsweise hohen Zinsen dürften die Ausweitung der Unternehmensinvestitionen dämpfen. Der Wohnungsbau wird wohl stagnieren. Da die verfügbaren Einkommen aufgrund der sich verlangsamen Beschäftigungsausweitung nicht mehr so stark steigen werden wie bisher und die Sparquote voraussichtlich nicht sinkt, dürfte sich die Expansion des privaten Verbrauchs nochmals leicht abschwächen.

Das reale Bruttosozialprodukt wird 1989 voraussichtlich um durchschnittlich 3 vH und 1990 um 1 ½ bis 2 vH expandieren. Der außenwirtschaftliche Impuls dürfte sich dabei verringern; der Anstieg des Sozialprodukts wird nur wenig größer sein als der der Inlandsnachfrage. Das Defizit in der Leistungsbilanz, das 1988 rund 127 Mrd. \$ betrug, wird in diesem und im nächsten Jahr nur noch wenig zurückgehen. Die Inflationsrate dürfte im Jahresdurchschnitt 1989 bei rund 5 vH und 1990 etwas niedriger liegen.

#### Anhaltender Aufschwung in Japan

In Japan hat sich der kräftige Konjunkturaufschwung fortgesetzt. Die starke Aufwärtstendenz der Gesamtnachfrage wurde aber zeitweise durch Sondereinflüsse überdeckt. Insbesondere führte die Einführung einer Mehrwertsteuer im April zum Vorziehen und danach zum Rückgang von Konsumausgaben. Wichtigste Triebkraft des Aufschwungs blieben die gewerblichen Investitionen. Deutlich zugenommen haben auch die Exporte von Gü-

Reales Bruttosozialprodukt und Inlandsnachfrage in ausgewählten Industrieländern  
Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr<sup>1)</sup>

	Gewicht in vH	Bruttosozialprodukt			Gewicht in vH	Inlandsnachfrage		
		1988	1989	1990		1988	1989	1990
Bundesrepublik Deutschland	10,4	3,6	4,0	3,0	9,9	3,7	2,5	3,0
Frankreich	8,2	3,4	3,5	3,0	8,2	3,8	3,5	3,0
Italien	7,1	3,9	3,5	3,0	7,1	4,3	4,0	3,5
Großbritannien	6,3	4,4	2,0	1,5	6,4	7,5	3,0	1,0
Westeuropa <sup>2)</sup>	32,0	3,8	3,4	2,7	31,6	4,6	3,2	2,7
USA	42,0	4,4	3,0	1,75	43,2	3,3	2,25	1,5
Japan	22,2	5,7	4,5	4,0	21,4	7,7	5,0	4,5
Kanada	3,8	5,0	2,5	2,0	3,8	6,3	3,5	2,5
Industrieländer <sup>2)</sup>	100,0	4,5	3,4	2,6	100,0	4,8	3,2	2,6

<sup>1)</sup> Veränderungsdaten für 1989 und 1990 geschätzt. — <sup>2)</sup> Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet gemäß Bruttosozialprodukt bzw. Inlandsnachfrage von 1987.

tern und Diensten. Demgegenüber stagnierten der private Wohnungsbau und die staatliche Nachfrage. Die Importe erhöhten sich rascher als die Exporte. Der Überschuß in der Leistungsbilanz ist — auch infolge einer erheblichen Verschlechterung der Terms of Trade seit Ende letzten Jahres — merklich zurückgegangen. Der Anstieg der Verbraucherpreise blieb, abgesehen von dem Schub bei der Einführung der Mehrwertsteuer, weiterhin gering.

In der Finanzpolitik dürfte der Konsolidierungskurs fortgesetzt werden. Die Verringerung des Defizits im Zentralhaushalt wird aber wohl vornehmlich die Effekte des fort dauernden Konjunkturanstiegs auf die staatlichen Einnahmen widerspiegeln. Die Geldpolitik verfolgt seit dem Frühjahr einen strafferen Kurs; der Diskontsatz wurde seither zweimal erhöht. Die Expansion der als Orientierungsgröße benutzten Geldmenge M2, unter Einschluß von Depositenzertifikaten, hat sich erst wenig verlangsamt. Bei der konjunkturellen Anspannung, die sich in der hohen und tendenziell weiter steigenden Auslastung der Kapazitäten und in Engpässen auf dem Arbeitsmarkt zeigt, wird die Zentralbank ihren Kurs wohl vorerst beibehalten. Dafür spricht auch die Schwäche des Yen, die die Stabilitätspolitik erschwert und den weiteren Abbau des hohen Außenhandelsüberschusses behindert.

Die Inlandsnachfrage wird weiterhin zügig steigen, wenn sich auch unter dem Einfluß der monetären Strafung die Ausweitung der gewerblichen Investitionen im nächsten Jahr allmählich verlangsamen wird. Die Einengung der monetären Überwälzungsspielräume wird die Investitionsneigung um so eher dämpfen, als sich der Kostenanstieg aufgrund etwas stärkerer Lohn- und Gehalts erhöhungen bei wohl langsamerer Produktivitätszunahme leicht beschleunigen wird. Der Wohnungsbau wird nach den spekulativen Übersteigerungen der letzten Jahre eher zurückgehen. Die realen verfügbaren Einkommen und der private Verbrauch werden, nachdem die Verzerrungen im Zusammenhang mit der Einführung der Mehrwertsteuer abgeklungen sind, deutlich expandieren. Die Zunahme der Ausfuhr wird sich etwas verringern. Zwar hat sich die Wettbewerbsfähigkeit japanischer Anbieter abwertungsbedingt vergrößert, doch wirkt die konjunkturelle Abschwächung in den USA und bei anderen wichtigen Handelspartnern dämpfend. Der Anstieg der Einfuhr wird sich bei der voraussichtlichen Abflachung der Expansion von Inlandsnachfrage und Export verlangsamen.

Die Zunahme des Bruttosozialprodukts wird nicht mehr ganz so stark sein; sie wird im Jahresdurchschnitt 1990 wohl noch rd. 4 vH betragen, nach etwa 4 ½ vH in diesem Jahr. Der Preisaufrtrieb dürfte sich bei der fort dauernden konjunkturellen Anspannung leicht beschleunigen. Die Teuerungsrate des privaten Verbrauchs wird aber im Jahresdurchschnitt mit annähernd 2 ½ vH nicht höher sein als in diesem Jahr, in dem sie durch den Mehrwertsteuereffekt überzeichnet war. Der Leistungsbilanzüberschuß wird 1989 mit etwa 70 Mrd. \$ deutlich niedriger sein als im

Vorjahr; 1990 dürfte er jedoch nicht weiter sinken, zumal sich die Terms of Trade eher verbessern werden.

### Zügige Expansion in Westeuropa

In Westeuropa setzte sich der Produktionsanstieg im Sommerhalbjahr auf breiter Basis zügig fort. Die Impulse gingen nach wie vor in besonderem Maße von der inner-europäischen Nachfrage aus. Vor allem expandierten die gewerblichen Investitionen weiter kräftig. Die Beschäftigung nahm deutlich zu, und die Zahl der Arbeitslosen sank. Der Preisaufrtrieb ist, nach der Beschleunigung in den ersten Monaten dieses Jahres, etwas geringer geworden.

Die Investitionsdynamik blieb aufgrund anhaltend günstiger Absatz- und Ertragsaussichten unverändert stark. Die Produktionskapazitäten in der Industrie sind so hoch ausgelastet wie im Boom zu Beginn der siebziger Jahre. Verschiedentlich gab es zwar Anzeichen für Lieferengpässe, doch im allgemeinen war die Angebotselastizität immer noch relativ groß. Die Ausweitung der Produktionskapazitäten gewann als Investitionsmotiv an Gewicht gegenüber dem — insgesamt noch dominierenden — Rationalisierungs- und Modernisierungsmotiv. Darüber hinaus stimulierte die Perspektive eines sich verschärfenden Wettbewerbs bei der Vollendung des Europäischen Binnenmarktes die gewerblichen Investitionen. Zugleich setzte sich der merkliche Anstieg im Wohnungsbau und im öffentlichen Bau fort.

Der private Verbrauch erhöhte sich weiter deutlich, wenn auch verlangsamt; die realen verfügbaren Einkommen nahmen etwas schwächer zu, und die Sparquote veränderte sich trotz steigender Zinsen kaum. Die Nachfrage nach langlebigen Konsumgütern und nach Dienstleistungen expandierte nach wie vor überdurchschnittlich. Besonders kräftig wurde der Verbrauch in Italien, Spanien, Österreich, Finnland und in den Niederlanden ausgeweitet. In Großbritannien stieg er vor allem infolge der starken Zinserhöhung nur noch verhalten. In den meisten skandinavischen Ländern hat die Wirtschaftspolitik den privaten Konsum gedämpft.

Der Außenhandel nahm weiter sehr lebhaft zu. Besonders kräftig expandierte der innereuropäische Austausch. Auch der Export nach Drittländern stieg wieder deutlich. Dies gilt insbesondere für die Ausfuhr in die Entwicklungs- und Ölexportländer. Die Staatshandelsländer bezogen ebenfalls vermehrt Güter aus Westeuropa. Der Export nach Nordamerika stagnierte offenbar. Der reale Außenbeitrag für Westeuropa insgesamt veränderte sich wohl kaum. Die zusammengefaßte Leistungsbilanz war etwa ausgeglichen. In Großbritannien, Spanien, Italien, Schweden und Finnland erhöhte sich das Leistungsbilanzdefizit, während sich der Überschuß der Bundesrepublik Deutschland noch vergrößerte.

Mit dem zügigen Anstieg der Produktion setzte sich auch die deutliche Zunahme der Beschäftigung fort. Sie ging über die Ausweitung des Erwerbspersonenpotentials hinaus, so daß die Arbeitslosigkeit merklich sank. Die Arbeitslosenquote ist aber in den meisten Ländern weiterhin recht hoch. Dennoch zeigte sich verschiedentlich eine zunehmende Knappheit an qualifizierten Arbeitskräften.

Der Preisauftrieb hat sich nach der vorübergehenden Beschleunigung wieder etwas verlangsamt. Darin spiegelt sich vor allem wider, daß die Einfuhrpreise für Rohstoffe und Energie seit dem Frühjahr nicht mehr stiegen, nachdem sie sich im Winter kräftig erhöht hatten. Das Tempo des inländisch bestimmten Preisauftriebs hat sich nicht nennenswert verändert. Der Lohnanstieg verstärkte sich nur wenig, und die Produktivität nahm in annähernd gleichem Maße zu wie zuvor, so daß sich die Lohnstückkosten in der Mehrzahl der Länder weiterhin mäßig erhöhten. Kräftig blieb ihr Anstieg indes in Großbritannien, Italien, Spanien, Schweden und Finnland. Die trotz hoher Auslastung der Kapazitäten wenig veränderte Grundtendenz der Preisentwicklung ist ein Indiz dafür, daß der Wettbewerb nach wie vor intensiv war.

Die Zentralbanken haben seit dem vergangenen Jahr die — zuvor ausgeprägte — monetäre Expansion gebremst. Sie wollen damit eine konjunkturelle Überhitzung vermeiden, Überwälzungsspielräume einengen und so der Erwartung verstärkter Inflation begegnen. Die Erhöhung der Zinsen in Westeuropa soll zugleich einer weiteren, stabilitätsgefährdenden Abwertung gegenüber dem Dollar entgegenwirken. Nach den jüngsten Zinsanhebungen wird sich die monetäre Expansion wohl in den meisten Ländern verlangsamen; dies dürfte den Produktionsanstieg dämpfen. Restriktiv wirkt die Geldpolitik in Großbritannien, aber auch in Schweden und Spanien.

Die Finanzpolitik bleibt in den meisten Ländern auf Konsolidierungskurs; allerdings ist der Rückgang der staatlichen Finanzierungsdefizite überwiegend Folge des konjunkturbedingt kräftigen Anstiegs der Steuereinnahmen. In Italien ist es indes auch in diesem Jahr wegen der starken Ausgabendynamik nicht gelungen, eine weitere Zunahme des hohen Defizits zu verhindern; die neue Regierung versucht daher, eine Erhöhung verschiedener Abgaben und Steuern durchzusetzen. Andere Länder, so vor allem die Bundesrepublik Deutschland, aber auch Frankreich, die Niederlande und Dänemark, haben dagegen für 1990 Steuersenkungen beschlossen.

Bei diesen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und der Annahme eines annähernd unveränderten realen Dollarkurses werden sich die Absatzaussichten für die Unternehmen in den meisten Ländern nur allmählich verschlechtern. Da die Sachkapazitäten hoch ausgelastet und die Ertragsaussichten günstig bleiben, werden die Unternehmensinvestitionen weiter lebhaft expandieren, wenn auch merklich weniger als im laufenden Jahr. Im Wohnungsbau dürften die gestiegenen Zinsen in den meisten Ländern nach und nach dämpfend wirken. Der

private Verbrauch wird in wenig verändertem Tempo steigen, weil sich die realen verfügbaren Einkommen insgesamt ungefähr in gleichem Maße wie bisher erhöhen. Während er in der Bundesrepublik Deutschland nicht zuletzt infolge der Steuersenkung stärker zunimmt als 1989, ist für Großbritannien aufgrund der restriktiven Wirtschaftspolitik eine weiter gedämpfte Konsumausweitung zu erwarten. Die Ausfuhr in die übrige Welt dürfte entsprechend der schwächeren konjunkturellen Entwicklung langsamer, aber immer noch deutlich steigen. Mit der verhaltenen Zunahme der Gesamtnachfrage wird die Einfuhr aus Drittländern weniger rasch expandieren. Insgesamt gehen 1990 von der Außenwirtschaft wohl nur geringe dämpfende Effekte aus. Die westeuropäische Leistungsbilanz wird vermutlich wiederum annähernd ausgeglichen sein. Im innereuropäischen Austausch werden sich indes die Salden noch vergrößern.

Die gesamtwirtschaftliche Expansion wird sich in leicht verlangsamtem Tempo fortsetzen. Das reale Bruttosozialprodukt dürfte 1990 um reichlich 2 ½ vH zunehmen, nach fast 3 ½ vH im Jahre 1989. Die laufende Rate wird etwas unter der für den Jahresdurchschnitt liegen und damit leicht hinter dem Wachstumstempo des Produktionspotentials zurückbleiben. Die Beschäftigung wird nicht mehr so rasch wie bisher ausgeweitet werden, und die Arbeitslosigkeit wird wohl nur noch wenig sinken. Der Preisanstieg dürfte sich etwa im gegenwärtigen Tempo fortsetzen; im Jahresdurchschnitt 1990 wird die Teuerungsrate mit 4 ½ vH etwa ebenso hoch sein wie 1989. Dabei dürften sich die Inflationsunterschiede zwischen den einzelnen Ländern verringern.

### Rückgang der Rohstoffpreise

Die Notierungen auf den Weltmärkten für Industrierohstoffe sind seit dem Frühjahr im allgemeinen gesunken. Ausschlaggebend dafür war, daß mit der Konjunkturberuhigung in den USA, dem wichtigsten Verarbeitungsland für Rohstoffe, die Zunahme des Rohstoffverbrauchs nachließ. Auch wurden die Vorratsdispositionen zurückhaltender, zumal sich die Finanzierungskosten erhöhten. Besonders ausgeprägt war der Preisrückgang bei Nickel, Aluminium und Kautschuk, bei denen zugleich die Produktion kräftig ausgeweitet wurde. Die Notierungen für Baumwolle und für Blei — hier führten Streiks zu Produktionsausfällen — sind demgegenüber merklich gestiegen.

Ein baldiger Wandel der Preistendenz auf den Märkten für Industrierohstoffe ist nicht in Sicht. Einerseits wird bei der zu erwartenden Verlangsamung der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung in den westlichen Industrieländern der Rohstoffverbrauch voraussichtlich nur noch leicht zunehmen. Andererseits wird das Angebot — nach der deutlichen Erhöhung des Preisniveaus in den letzten Jahren — in wenig verändertem Maße steigen. Die Bestände bei den Produzenten und an den Warenbörsen sind zwar im längerfristigen Vergleich vielfach gering;

aber bei der reichlichen Versorgung wird im allgemeinen weiterhin eine zurückhaltende Vorratspolitik verfolgt werden. Unter diesen Umständen dürften die Preise für Industrierohstoffe bis weit in das nächste Jahr hinein überwiegend etwas sinken.

Auf den Weltmärkten für Nahrungs- und Genußmittel wird die fundamentale Lage bei Weizen, Futtergetreide und Ölsaaten noch von den dürrebedingten Ernteausfällen in den USA in der vorangegangenen Saison geprägt. Gleichwohl führte die Aussicht auf wesentlich höhere Ernten dieser Produkte in der Saison 1989/90 zu einer Abschwächung der Nachfrage aus den Importländern während der letzten Monate und zu einem merklichen Rückgang der Preise. Billiger wurden auch Kaffee und Kakao, weil — bei anhaltender Überproduktion — die Stützungsmaßnahmen im Rahmen der bestehenden internationalen Abkommen eingestellt wurden. Die Zuckerpreise sind demgegenüber wegen des knapperen Angebots auf dem Weltmarkt merklich gestiegen. Insgesamt werden die jüngsten Tendenzen noch eine Zeitlang anhalten, so daß sich das Preisniveau für Nahrungs- und Genußmittel in den nächsten Monaten weiter ermäßigen dürfte.

Die Weltmarktpreise für Erdöl haben sich seit dem letzten Höhepunkt im April dieses Jahres nur wenig ermäßigt. Zwar erhöhten die OPEC-Länder ihre Produktion beträchtlich über die vereinbarte Obergrenze hinaus, aber auch die Nachfrage stieg spürbar. Sie wird voraussichtlich trotz etwas verlangsamter konjunktureller Expansion weiterhin merklich zunehmen, nicht zuletzt weil nach dem Ölpreissturz im Jahre 1986 die Anstrengungen zur Energieeinsparung und Ölsubstitution in den Industrieländern offenbar nachgelassen haben. Das Angebot wird der Nachfrageausweitung wohl auch künftig rasch folgen. Unter diesen Bedingungen dürfte es in nächster Zeit kaum zu einem nachhaltigen Anstieg der Erdölpreise kommen, sofern sich nicht wieder Produktionsstörungen, etwa auf Nordseefeldern, ergeben. Für die Prognose wird

angenommen, daß der durchschnittliche Einfuhrpreis für Erdöl in den westlichen Industrieländern auch im nächsten Jahr zwischen 17 und 18 Dollar je Barrel betragen wird.

#### Zunahme des Welthandels wird schwächer

Der Anstieg des Welthandels hat sich im Verlauf dieses Jahres zügig fortgesetzt. Impulse erhielt er durch die starke Importnachfrage der westeuropäischen Volkswirtschaften und Japans. Demgegenüber stieg die Einfuhr der USA nur noch verhalten. Die Bezüge der Erdölexportländer wurden mit der Erholung ihrer Ausfuhrerlöse offenbar wieder deutlich ausgeweitet. Die Importe der übrigen Entwicklungsländer nahmen aufgrund der nach wie vor angespannten Zahlungsbilanzsituation nur mäßig zu.

Der Welthandel wird durch die Intensivierung des internationalen Warenaustausches weiterhin angeregt werden. Die konjunkturellen Impulse werden allerdings nicht mehr so stark wie bisher sein. Der Anstieg der Importe wird sich in den Industrieländern voraussichtlich verlangsamen. Die Ölexportländer werden ihre Bezüge weiter merklich steigern, nachdem sich ihre Leistungsbilanz in diesem Jahr wieder aktiviert hat. Die Schwellenländer dürften ihre Importe deutlich erhöhen, wengleich das geringere Tempo der Weltkonjunktur auch hier zu einer Dämpfung führen wird. Die übrigen Entwicklungsländer werden ihre Einfuhr wohl etwas weniger ausweiten als bisher, da die Verlangsamung der Nachfrageexpansion in den Industrieländern und der Rückgang der Rohstoffpreise den Anstieg der Exporterlöse beeinträchtigen werden. Insgesamt wird die Zunahme des Welthandels schwächer. Das Welthandelsvolumen dürfte im Jahresergebnis 1990 um 5 bis 6 vH steigen, nach rd. 8 vH in diesem Jahr; das entspricht auch etwa der Verminderung des laufenden Expansionstempos.

## Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland

Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland expandiert im siebten Jahr des Aufschwungs mit großer Dynamik. Bei einer voraussichtlichen Zunahme des Bruttoinlandsprodukts um rund 3,5 vH im Jahresdurchschnitt wird ein ebenso beachtliches Ergebnis wie im Vorjahr erreicht. Der Anstieg des Bruttosozialprodukts fällt mit ungefähr 4 vH sogar um rund einen halben Prozentpunkt höher als 1988 aus, weil die Kapitaleinkünfte aus dem Ausland sprunghaft gestiegen sind, nachdem sie sich in den Vorjahren infolge der Aufwertung der D-Mark und des Rückgangs der Zinsen im Ausland erheblich weniger erhöht hatten.

Bei einer laufenden Jahresrate von reichlich 3 vH übertrifft die Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion wiederum das Wachstum des Produktionspotentials. Lieferfristen und Auftragsbestände haben allgemein zugenommen, vereinzelt behindern Produktionsengpässe die weitere konjunkturelle Expansion. Die Unternehmen haben die Beschäftigung verstärkt ausgeweitet, und auf dem Arbeitsmarkt ist trotz der immer noch hohen Arbeitslosigkeit Arbeitskräftemangel spürbar, vor allem bei Facharbeitern. Obschon die konjunkturellen Anspannungen recht groß geworden sind, hat sich die in vergleichbaren früheren Wirtschaftslagen übliche Verstärkung des Preis- und Kostenauftriebs bisher nicht eingestellt.

Die Institute haben in ihrem Gutachten vom Frühjahr ein weiterhin kräftiges Wirtschaftswachstum für 1989 prognostiziert und für den Jahresverlauf keine wesentliche Tempoverlangsamung gesehen. Dies sind auch die jetzigen Vorstellungen, wenngleich die geschätzten Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr nunmehr für das Bruttoinlandsprodukt um rund einen halben und für das Bruttosozialprodukt um rund einen Prozentpunkt höher ausfallen. Für die Revision der Prognose ist zunächst bedeutsam, daß in der amtlichen Statistik das Expansions-tempo, mit dem die Wirtschaft sich in der zweiten Jahreshälfte 1988 entwickelte, nunmehr deutlich höher ausgewiesen wird, als es im Frühjahr aufgrund der damals verfügbaren Daten angenommen werden mußte. Im einzelnen wurden insbesondere der Anstieg der Ausfuhren nach oben, der der Einfuhren nach unten korrigiert. Für den Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts im zweiten Halbjahr 1988 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum macht die Korrektur immerhin einen viertel Prozentpunkt aus. Sie ist also nicht gering, jedenfalls im Verhältnis zu den Revisionen, die die Institute nunmehr mit ihrer Prognose vornehmen.

Im Vergleich zum Frühjahr wird in der vorliegenden Prognose für das Jahr 1989 vor allem der Anstieg der Ausfuhren höher eingeschätzt. Maßgeblich ist hier, daß die konjunkturelle Dynamik in den Industrieländern, besonders in Westeuropa, stärker ist, als vorhergesehen worden war. Offenbar wirken die Impulse der Geldpolitik,

die in den westeuropäischen Ländern bis zur Mitte des vergangenen Jahres im allgemeinen sehr expansiv war und nur allmählich einen Kurswechsel vollzogen hat, noch länger und kräftiger fort, als ursprünglich unterstellt. Dieses bestätigt zwar die Erfahrung, daß die Verzögerungen und das Ausmaß, mit denen Nachfrage und Produktion auf geldpolitische Anstöße reagieren, recht unstabil und deshalb nicht genau zu prognostizieren sind; grundsätzlich gibt es aber keinen Anlaß, am Fortbestehen der Zusammenhänge zwischen Geldmengenausweitung und der Entwicklung von Nachfrage und Produktion zu zweifeln.

Die kräftige konjunkturelle Dynamik vor allem in Westeuropa, dem Hauptabnehmer deutscher Exporte, hat die Nachfrage nach Ausfuhr Gütern erheblich vergrößert. Außerdem wurde die konjunkturelle Expansion in diesen Ländern von der Investitionstätigkeit stimuliert, hat also die deutschen Exporteure besonders begünstigt, da in deren Produktpalette Investitionsgüter ein überdurchschnittlich hohes Gewicht haben. Hinzu kam, daß sich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen verbesserte, weil sich die D-Mark, anders als im Frühjahr angenommen, gegenüber dem US-Dollar real deutlich abwertete und weil sie auch im Europäischen Währungssystem (EWS) real geringer bewertet wurde. Die Zunahme der Importe wird nun ebenfalls, wenngleich nur etwas, höher angesetzt, nicht zuletzt, weil die deutschen Ausfuhren einen hohen Gehalt an importierten Vorleistungen aufweisen.

Die lebhaftige Investitionstätigkeit beruht — wie in den anderen westeuropäischen Ländern auch — in hohem Maße auf endogenen Impulsen, die freigesetzt werden, wenn mit dem Anstieg der Produktion im konjunkturellen Aufschwung die Kapazitäten knapp werden und Produktionsengpässe drohen. Hier hat bei den deutschen Unternehmen die lebhaftige Ordertätigkeit aus dem Ausland sicherlich verstärkend auf die Investitionsbereitschaft gewirkt. Vermutlich ist die Investitionsneigung der Unternehmen aber auch tendenziell größer als noch vor wenigen Jahren, weil sich Angebotsbedingungen verbessert haben und die Rentabilität von Investitionen wohl als dauerhaft höher eingeschätzt wird. Dies mag zu den vermehrten Investitionen ebenso beigetragen haben wie die für 1993 anstehende Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes, die die Wettbewerbsintensität in vielen Wirtschaftsbereichen vergrößern und zugleich zusätzliche Absatzchancen eröffnen wird. Alles in allem scheint aber die zyklische Komponente für die gegenwärtige Stärke der Investitionstätigkeit bestimmend zu sein.

Kein Korrekturbedarf wird bei der Einschätzung der Inlandsnachfrage insgesamt gesehen; der raschere Anstieg des Bruttoinlandsprodukts beruht vor allem auf der stärkeren Zunahme der Ausfuhr. Die zusätzliche Korrektur

beim Zuwachs des Bruttosozialprodukts ist durch den erwähnten sprunghaften Anstieg der Kapitaleinkünfte aus dem Ausland bestimmt, der im Frühjahr so nicht zu erkennen war.

Alles in allem bietet die Konjunktur ein recht helles Bild, aber es gibt auch Schatten. Die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor hoch, zugleich besteht Mangel an Facharbeitern. Vieles spricht sogar dafür, daß beides im Zusammenhang steht. Weil die Unternehmen zum Teil Facharbeiter nicht finden können, entstehen auch Arbeitsplätze nicht, auf denen komplementäre, weniger qualifizierte Arbeitskräfte beschäftigt werden können, die den überwiegenden Teil der Arbeitslosigkeit ausmachen.

Spricht auf den ersten Blick manches dafür, daß der Zustrom an Aus- und an Übersiedlern die Arbeitslosigkeit noch verschärft, so gibt es gute Gründe dafür, das Gegenteil zu erwarten. Die neu Hinzugekommenen vergrößern das Arbeitskräfteangebot und bei gegebener Arbeitsplatzzahl rein rechnerisch die Arbeitslosigkeit. Auch mag die Qualifikation der Aus- und Übersiedler häufig nicht derjenigen einheimischer Arbeitskräfte mit vergleichbaren Berufsabschlüssen entsprechen. Aber die Altersstruktur ist günstig, und die Leistungsmotivation und die Qualifizierungsbereitschaft sind hoch. Zudem ist die regionale Mobilität größer als bei der vorhandenen Erwerbsbevölkerung. Dies macht viele von ihnen zu gesuchten Mitarbeitern und läßt erwarten, daß sie dazu beitragen, den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften zu verringern und wegen der Komplementaritätsbeziehungen das Angebot an Arbeitsplätzen für weniger qualifizierte Arbeitskräfte zu erhöhen. Das Produktionspotential der Wirtschaft wird also tendenziell vergrößert; dies ist sowohl angesichts der konjunkturellen Anspannungen als auch unter Wachstumsgesichtspunkten positiv einzuschätzen. Von einem Großteil der Aussiedler sind allerdings neben beruflicher Fortbildung noch Deutschkurse zu absolvieren, so daß sie für eine Vermittlung erst nach ungefähr einem Jahr zur Verfügung stehen. Für das laufende Jahr wird ein Zugang am Arbeitsmarkt von schätzungsweise 150 000 Aus- und Übersiedlern erwartet, und für das kommende Jahr ein solcher von 250 000. Das Arbeitskräfteangebot nimmt also beträchtlich zu.

### Verschärfung der Geldpolitik

Seit dem Frühjahr hat sich die monetäre Expansion verlangsamt. Besonders ausgeprägt war die Abschwächung bei der Geldmenge M1 (Bargeldumlauf und Sichteinlagen), die zeitweilig sogar merklich abnahm. Aber auch die Geldmenge M3 (M1 zuzüglich der Termingelder unter vier Jahren und Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist) weitete sich weniger stark aus als zuvor; zur Jahresmitte hatte sie den geldpolitischen Zielpfad von etwa 5 vH erreicht. Allerdings reflektiert die Geldmenge M3 nicht die gesamten Liquiditätsreserven der inländi-

schen Nichtbanken. Zu solchen Reserven zählen neben den geringfügigen Beständen an kurzfristigen Bankschuldverschreibungen auch die Einlagen (vor allem die Termingelder) bei den Auslandstöchtern und -filialen inländischer Kreditinstitute; hier ergab sich im bisherigen Jahresverlauf eine besonders kräftige Zunahme. Der Anstieg der um diese liquiden Aktiva erweiterten Geldmenge M3 fiel somit erheblich höher aus als der der traditionellen Geldmenge M3.

Ein Grund für die Abschwächung der Expansion von M1 und M3 war, daß nach der Abschaffung der Quellensteuer auf inländische Zinserträge die Hortung von Bargeld abnahm. Dominiert wurde die Geldmengenentwicklung jedoch durch die seit Mitte vorigen Jahres anhaltende Verschärfung der Geldpolitik. In mehreren Schritten erhöhte die Bundesbank ihre Leitzinsen und verteuerte die Geldbeschaffung der Kreditinstitute über Wertpapierpensionsgeschäfte. Damit wollte sie einer Überhitzung der Konjunktur und Gefahren für die Preisniveaustabilität entgegenwirken. Der damit verbundene Anstieg der Marktzinssätze regte die Aufstockung der Termineinlagen zu Lasten der Geldmenge M1 an und förderte die Geldkapitalbildung zu Lasten der Geldmenge M3, namentlich der Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist.

Trotz des Rückgangs der Zinsen in den USA hatte der DM-Dollar-Kurs eine eher steigende Tendenz. Dies liegt wohl daran, daß mit der seit Anfang 1987 zunehmend engeren Geldpolitik der amerikanischen Notenbank und mit der Eindämmung der Inflationstendenzen die Furcht vor einer Stabilisierungsrezession zurückgedrängt und die Hoffnung der Anleger auf eine dauerhafte Aufwärtsentwicklung der amerikanischen Wirtschaft gestärkt wurde. Mit diesem Vertrauensgewinn haben offenbar solche Besorgnisse um die Stabilität des US-Dollars an Gewicht verloren, die durch das immer noch hohe Leistungsbilanzdefizit der USA geweckt worden waren.

Auch im EWS wertete sich die D-Mark — trotz beträchtlich zunehmender Leistungsbilanzüberschüsse der Bundesrepublik gegenüber anderen EWS-Ländern — leicht ab. Die Schwäche der D-Mark erklärt sich vor allem daraus, daß mehrere Partnerländer eine Politik relativ hoher Zinsen verfolgen. Damit wollen sie dem Preisauftrieb sowohl über eine geldpolitische Dämpfung der Binnennachfrage als auch über den bei festen Paritäten möglichen Stabilitätsimport aus der Bundesrepublik begegnen.

Für die Bundesrepublik bedeutet eine reale Abwertung der D-Mark für sich genommen eine Beschleunigung des Preisauftriebs. Nicht zuletzt zur Vermeidung einer weiteren Abwertung der D-Mark, aber wohl auch mit Blick auf die kommenden Lohnrunden, hat sich die Bundesbank Anfang Oktober zu einer abermaligen Heraufsetzung des Diskont- und des Lombardsatzes — diesmal sogar um einen ganzen Prozentpunkt auf nunmehr 6 bzw. 8 % — entschlossen. Infolge dieser Maßnahme hat sich der

Geldmarktzins auf nahezu 8 % erhöht. Auch der Kapitalmarktzins stieg, wenngleich weniger. Im EWS blieben die Wechselkurse davon weitgehend unberührt, da die Notenbanken anderer Länder ihre Leitzinsen ebenfalls anhoben. Der Dollar blieb trotz der Devisenmarktinterventionen und trotz der Zinserhöhungen vergleichsweise fest.

### **Finanzpolitik: Im Zeichen stark steigender Einnahmen**

Die Finanzpolitik dämpft in diesem Jahr die Konjunktur. Die Einnahmen des Staates steigen um 7,5 vH und damit doppelt so rasch wie im Vorjahr. Maßgeblich für die starke Einnahmeausweitung ist die Zunahme des Steueraufkommens um fast 9 vH. Hier wirken die günstige Konjunktur, die Erhöhung von Verbrauchsteuern, die vorübergehend eingeführte Quellensteuer auf Kapitaleinkünfte und das wieder volle Greifen der Steuerprogression nach den Einkommensteuersenkungen zu Beginn von 1988 zusammen.

Die Staatsausgaben erhöhen sich im laufenden Jahr um nur 2,5 vH und damit um fast die Hälfte weniger als im Vorjahr. Sowohl der Staatsverbrauch als auch die laufenden Übertragungen des Staates steigen dabei beträchtlich langsamer als zuvor. Beim Staatsverbrauch, der um insgesamt 2 vH ausgeweitet werden dürfte, nehmen die Personalausgaben mit reichlich 2,5 vH um knapp einen Prozentpunkt mehr zu als aufgrund der Tarifanhebungen erforderlich, unter anderem, weil in einigen Bereichen zusätzliche Stellen geschaffen wurden. Gedämpft wird der Anstieg des Staatsverbrauchs durch die Reform im Gesundheitswesen, die bei der gesetzlichen Krankenversicherung zum Vorziehen von Sachkäufen in das vergangene Jahr in der Größenordnung von 3 Mrd. DM geführt hat und Einsparungen von 2,5 Mrd. DM im laufenden Jahr erwarten läßt. Insgesamt ist bei den Sachkäufen der Sozialversicherung ein Rückgang der Ausgaben um etwa 1,5 Mrd. DM gegenüber 1988 wahrscheinlich.

Die laufenden Übertragungen des Staates nehmen um nur 2,5 vH nach 6 vH im Vorjahr zu, vor allem weil sich der Anstieg der sozialen Leistungen an die privaten Haushalte auf 3,5 vH abschwächt; hier ist bedeutsam, daß die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung als Ergebnis von Leistungskürzungen und wegen der geringeren Zahl an Arbeitslosen und Kurzarbeitern stagnieren. Außerdem führen geringere Aufwendungen für Agrarmarktinterventionen und die Kürzung der Vorsteuerpauschale für landwirtschaftliche Betriebe zu einer Abnahme der Subventionen um 2,5 vH. Die Rentenausgaben dagegen steigen mit 5,5 vH stärker als im Vorjahr, insbesondere weil weitere Erziehungszeiten angerechnet werden.

Bei den öffentlichen Investitionen zeichnet sich eine Zunahme um brutto 6,5 vH ab, weil die Gemeinden durch die

konjunkturbedingte Verbesserung der Finanzlage und die Länder durch die Strukturhilfen des Bundes zu einer beträchtlichen Steigerung ihrer Ausgaben veranlaßt werden.

Das Finanzierungsdefizit des Staates, das 1988 noch 45 Mrd. DM betrug, wird in diesem Jahr abgebaut. Erstmals seit den frühen siebziger Jahren ist der staatliche Gesamthaushalt damit ausgeglichen. Der Fehlbetrag der Gebietskörperschaften sinkt von 47 auf 15 Mrd. DM; in finanzstatistischer Abgrenzung beläuft er sich auf 24 Mrd. DM. Das Defizit im Bundeshaushalt halbiert sich von 36 auf 18 Mrd. DM. Hier spielt allerdings die wieder hohe Gewinnabführung der Bundesbank in Höhe von 10 Mrd. DM eine Rolle.

Der Überschuß der Sozialversicherung, der 1988 nur gering war, erhöht sich auf nahezu 15 Mrd. DM, weil die Ausgabedynamik im Krankenversicherungsbereich gedämpft wird. In diesem Jahr ist bei der gesetzlichen Krankenversicherung mit einem Überschuß von 8 bis 9 Mrd. DM zu rechnen. Das Defizit der Bundesanstalt für Arbeit in Höhe von 3 Mrd. DM wird nicht wie 1988 teilweise aus dem Vermögen, sondern ganz vom Bund gedeckt.

### **Ausfuhr als Konjunkturmotor**

Die Ausfuhr von Waren ist im laufenden Jahr treibende Kraft der Konjunktur. Im ersten Halbjahr nahmen die Exporte mit der überaus hohen laufenden Jahresrate von etwa 15 vH zu. Zwar hat sich das Anstiegstempo nach der Jahresmitte spürbar verlangsamt, doch ist es nach wie vor beträchtlich. Auch die Auftragseingänge aus dem Ausland expandieren weiterhin kräftig.

Ausschlaggebend für die lebhafte Ausfuhr sind der ungebrochene Konjunkturanstieg und vor allem die kräftige Zunahme der Investitionstätigkeit in Europa. Die reale Abwertung der D-Mark gegenüber den meisten europäischen Währungen begünstigte die deutschen Exporteure zusätzlich. Besonders rasch expandierten die Ausfuhren in die übrigen EG-Länder, etwas weniger die in die anderen Industrieländer. Dabei gingen die Exporte in die USA leicht zurück; offenbar überwogen hier die dämpfenden Wirkungen der sich abflachenden amerikanischen Konjunktur. Die Ausfuhr in die OPEC-Länder erhöhte sich im Jahresverlauf, da deren Exporterlöse aus dem Verkauf von Erdöl wieder gestiegen sind. Der kräftige Zuwachs bei den realen Ausfuhren in die Staatshandelsländer und die Entwicklungsländer im ersten Halbjahr 1989 von jeweils etwa 20 vH im Vorjahresvergleich dürfte die tatsächliche Entwicklung beträchtlich überzeichnen, weil es hier zu Beginn des Jahres 1988 im Zusammenhang mit der Umstellung der Außenhandelsstatistik besonders große Erfassungslücken gab. Im Jahresverlauf 1989 jedenfalls nehmen die Ausfuhren in diese Länder nur wenig zu. Insgesamt steigt die reale Ausfuhr im laufenden Jahr mit rund 12 vH gegenüber dem Vorjahr und damit sehr viel mehr als die Inlandsnachfrage.

### Gespaltene Inlandsnachfrage

Die Inlandsnachfrage zeigt sich 1989 gespalten. Die reale Nachfrage der privaten Haushalte entwickelte wenig Schwung und hat im bisherigen Verlauf des Jahres nur mit einer Rate von etwa 2 vH zugenommen. Zwar expandieren die verfügbaren Einkommen sogar etwas rascher als im Vorjahr, wobei die Nettolöhne und -gehälter wegen der wieder voll greifenden Steuerprogression und die Transfereinkommen wegen Leistungskürzungen verlangsamt, die Entnahmen im Gefolge steigender Gewinne und wegen höherer Vermögensbestände und Zinsen beschleunigt ausgeweitet werden. Aber die reale Kaufkraft der Haushalte nimmt nur wenig zu, weil der Verbraucherpreisanstieg deutlich höher als im Vorjahr ausfällt. So werden die realen verfügbaren Einkommen den Vorjahresstand um nur etwa 1,5 vH übertreffen, nach einem Zuwachs von rund 3 vH im vergangenen Jahr.

Die Verbrauchsneigung der Haushalte ist dabei nach wie vor hoch, wie ihre große Verschuldungsbereitschaft und der Rückgang der Sparquote seit Ende letzten Jahres um etwa einen Prozentpunkt zeigen. Auch die zusätzlichen Käufe an langlebigen Gebrauchsgütern sprechen für eine große Ausgabebereitschaft. Hier spielt neben der günstigen Beschäftigungssituation sicherlich eine Rolle, daß die Haushalte von der Steuerreform 1990 eine beträchtliche Steigerung ihrer Realeinkommen erwarten können.

Die Anlageinvestitionen nehmen sehr kräftig zu. Dabei hat sich der lebhaft ansteigende bei den Ausrüstungsinvestitionen, der 1987 einsetzte, 1989 noch einmal beträchtlich verstärkt. Im Sommerhalbjahr wurde der Vorjahresstand um 12 vH übertroffen. Geradezu boomartig nimmt die Nachfrage nach Erzeugnissen des Maschinenbaus zu. Ausschlaggebend für diese Entwicklung ist die sehr hohe Auslastung der Produktionskapazitäten in wichtigen Bereichen. Das Erweiterungsmotiv hat erheblich an Bedeutung gewonnen. Hinzu kommt, daß sich die Absatz- und Ertragerwartungen mit dem gewachsenen Vertrauen auf ein Andauern des Aufschwungs noch verbessert haben und die Rentabilität von Sachinvestitionen die von Finanzanlagen deutlich übersteigt. Da die inländische Produktion von Investitionsgütern mit der Nachfrage immer weniger Schritt halten kann, wird der Bedarf zunehmend aus dem Ausland gedeckt. Im Jahresdurchschnitt werden die Unternehmen real etwa 10 vH mehr in Ausrüstungen investieren als im vergangenen Jahr.

Die Bauwirtschaft befindet sich in einem ausgeprägten Aufschwung. Produktion und Nachfrage steigen in jeder der Sparten Wohnungsbau, gewerblicher Bau und öffentlicher Bau kräftig. Zwar wurde die Bauproduktion zu Jahresbeginn durch den außergewöhnlich milden Winter begünstigt; die Nachfrageentwicklung zeigt aber, daß auch unabhängig davon die Baukonjunktur klar aufwärtsgerichtet ist.

Im Wohnungsbau zeichnet sich in diesem Jahr erstmals seit fünf Jahren wieder eine Zunahme der Anzahl der fertiggestellten Wohnungen ab. Nachdem die Produktion im Einfamilienhausbau schon länger deutlich expandiert, kam es nun auch im Zwei- und im Mehrfamilienhausbau zur Tendenzwende; die stark gestiegene Zahl der Baugenehmigungen schlägt sich allerdings erst allmählich in den Fertigstellungen nieder. Maßgeblich für die Tendenzwende im Zwei- und Mehrfamilienhausbau dürften auf der einen Seite die mit der Zunahme der Einkommen gestiegene Nachfrage nach größeren und besser ausgestatteten Wohnungen sowie die zusätzliche Nachfrage infolge des starken Zuzugs von Aus- und Übersiedlern sowie auf der anderen Seite deutlich erhöhte Renditen bei der Wohnungsvermietung sein. Außerdem dürften die anziehenden Baupreise und die Befürchtung weiterer Zinssteigerungen Bauherren veranlassen, Projekte nun beschleunigt zu verwirklichen. Vor allem der Mietwohnungsbau wird überdies von den seit März 1989 verbesserten Abschreibungsbedingungen sowie von den Förderprogrammen für den sozialen Wohnungsbau und für Aussiedler begünstigt.

Im Wirtschaftsbau setzt sich die ausgeprägte Aufwärtsentwicklung der letzten Jahre fort. Die hohe Investitionsneigung der Unternehmen drückt sich nicht nur im starken Anstieg der Ausrüstungen aus, sondern auch in einem Nachfrageboom nach gewerblichen Bauten. Zum Teil ziehen Erweiterungsinvestitionen entsprechende gewerbliche Neu- und Umbauten nach sich, zum Teil sind auch Modernisierungsinvestitionen mit erheblichen Umbauten verbunden.

Im öffentlichen Bau ist es nicht zu der vielfach befürchteten Investitionspause gekommen, vor allem weil die konjunkturellen Steuermehreinnahmen die finanzielle Lage der öffentlichen Hände weitaus mehr als häufig erwartet besserten. Angeregt wurde der öffentliche Bau auch von den verschiedenen Förderprogrammen (Strukturhilfeprogramm, Städtebauprogramm, Zinsverbilligungsprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau).

Die Bauinvestitionen insgesamt werden in diesem Jahr um etwa 6 vH höher als 1988 sein, davon die des Wohnungsbaus um 6 vH, die des gewerblichen Baus um 7 vH und die des öffentlichen Baus um 4 vH.

Die stark gestiegene Baunachfrage schlägt sich nun in den Baupreisen spürbar nieder. Die Preiserhöhungsspielräume haben sich vergrößert, weil die Fertigungsentpässe infolge des sich verschärfenden Fachkräftemangels zugenommen haben. Auch die Baulandpreise ziehen deutlich an.

### Starker Importsog

Die reale Wareneinfuhr hat lebhaft zugenommen. Ausschlaggebend dafür war die kräftige Nachfrage nach Investitionsgütern auch ausländischer Herkunft. Dagegen er-

höhten sich die Einfuhren von Mineralölprodukten nur mäßig, weil die Heizölvorräte infolge des milden Winters noch groß waren. Auch die Importe an industriellen Vorprodukten (ohne Mineralölerzeugnisse) nahmen nur verhalten zu und blieben hinter dem Anstieg der Industrieproduktion zurück; die Verarbeiter haben in Erwartung nachgebender Rohstoffpreise ihre Vorräte an Vorprodukten verringert.

Insgesamt dürfte die reale Einfuhr mit ungefähr 8 vH zwar erheblich, aber doch deutlich weniger als die reale Ausfuhr steigen. Der reale Außenbeitrag erhöht sich deshalb beträchtlich. Der Anstieg ist so stark, daß sich trotz der spürbaren Verschlechterung der Terms of Trade auch der nominale Außenbeitrag erheblich vergrößert. Die Zunahme der Ausfuhrüberschüsse konzentriert sich auf den Handel mit anderen EG-Ländern, während der Überschuß im Handel mit den USA deutlich zurückgeht, vor allem infolge der gedämpften amerikanischen Konjunktur. Der Überschuß der Leistungsbilanz steigt um 25 Mrd. auf 110 Mrd. DM.

### **Kräftige Zunahme von Produktion und Beschäftigung**

Die Produktion blieb in der konjunkturellen Grundtendenz kräftig aufwärtsgerichtet. Zwar kam es nach der starken Ausweitung zu Beginn des Jahres im weiteren Verlauf zu einer geringeren Expansion. Dies ist jedoch lediglich auf die Wirkung der milden Witterung am Jahresanfang zurückzuführen. Bereinigt um diesen Sondereffekt dürfte die laufende Jahresrate für den Produktionsanstieg reichlich 3 vH betragen, also größer als die Zunahme des Produktionspotentials sein. Im Durchschnitt des Jahres 1989 dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt das Vorjahresergebnis um etwa 3,5 vH übertreffen; das reale Bruttosozialprodukt wird wegen der Zunahme der Nettokapitalerträge aus dem Ausland sogar noch um einen halben Prozentpunkt stärker ansteigen. Deutlich über dem Durchschnitt liegt der Produktionszuwachs im verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe, unter dem Durchschnitt im Energiebereich und in einigen Dienstleistungsbereichen. In der Landwirtschaft und im Bergbau geht die Produktion zurück.

Mit der anhaltend kräftigen konjunkturellen Expansion haben die Unternehmen die Beschäftigung nun stark ausgeweitet. Im Verlaufe des Jahres werden schätzungsweise 350 000 Arbeitskräfte zusätzlich eingestellt werden. Erhöht hat sich der Kräftebedarf vor allem im verarbeitenden Gewerbe, das gegen Jahresende rund 140 000 oder rund 2 vH mehr Arbeitskräfte beschäftigen dürfte als vor Jahresfrist. Entsprechend den konjunkturellen Auftriebskräften steigt die Beschäftigung insbesondere im Investitionsgütergewerbe. Im Baugewerbe weist die Statistik trotz der anhaltenden konjunkturellen Belebung keine Zunahme der Beschäftigung aus. Viele jüngere Arbeitnehmer sind aufgrund der früheren Strukturkrise in an-

dere Bereiche abgewandert, und Berufsanfänger sehen in den Bauberufen vielfach immer noch keine Zukunft. Allerdings gibt es auch Anlaß für die Vermutung, daß die Statistik die tatsächliche Entwicklung unterzeichnet. In den privaten Dienstleistungsbereichen hat sich der ohnehin sehr kräftige Beschäftigungsanstieg leicht verstärkt, im Handel und im Verkehr im bisherigen Tempo fortgesetzt.

Vom Tiefpunkt der Beschäftigung Ende 1983 bis zur Gegenwart hat sich die Zahl der Erwerbstätigen um rund 1,5 Mill. erhöht. Der Rückgang von knapp 1 Mill. in der vorangegangenen Abschwungsphase wurde damit mehr als ausgeglichen. Mit knapp 27,7 Mill. Erwerbstätigen befindet sich schätzungsweise rund eine halbe Million mehr Menschen im Arbeitsprozeß als im letzten Beschäftigungshöhepunkt im Jahre 1980.

Obwohl die Arbeitslosigkeit nach wie vor hoch ist, mehren sich die Klagen über einen Mangel an Fachkräften, insbesondere in der Metallverarbeitung, im Bauhauptgewerbe und im Handwerk schlechthin. Zwar gibt es viele Arbeitslose mit beruflicher Ausbildung, die nicht zu den Problemgruppen am Arbeitsmarkt gehören. Aber das Profil des Angebots an Arbeitskräften in berufsspezifischer und regionaler Hinsicht paßt oft nicht zu dem der Nachfrage. Inzwischen häufen sich die Meldungen über Behinderungen der Produktion durch einen Mangel an Arbeitskräften; sie liegen im Investitionsgüterbereich mit rund 15 vH höher als in der übrigen Industrie mit knapp 10 vH. Auch stieg die Überstundenleistung an. Mittlerweile werden nach den Ergebnissen des IFO-Konjunkturtests in rund der Hälfte — vor Jahresfrist lediglich in einem Drittel — aller Industriebetriebe Überstunden geleistet. Die Anspannungen am Arbeitsmarkt sind jedoch geringer als in früheren vergleichbaren Konjunkturphasen. Dazu trägt der Zustrom von Aus- und Übersiedlern, aber auch von Ausländern, bei. Die gute Konjunkturlage kommt auch darin zum Ausdruck, daß die Kurzarbeit nahezu beseitigt, die Zahl der offenen Stellen stark gestiegen und die der Arbeitslosen erheblich gesunken ist. Am Jahresende dürfte sich die Arbeitslosenzahl auf rund 2 Mill. belaufen und damit um etwa 200 000 geringer als vor einem Jahr sein.

### **Mäßiger Preisauftrieb**

Das Preisklima hat sich, anders als vielfach befürchtet, im Verlaufe des Jahres nicht weiter verschlechtert. Dazu hat beigetragen, daß sich die Importe seit dem Frühsommer nicht mehr verteuern. Der interne Kostenauftrieb blieb mäßig. Insbesondere stiegen die Lohnstückkosten nur verhalten, weil mit der kräftigen Produktionsausweitung hohe Produktivitätszuwächse verbunden waren. In einigen Bereichen der Wirtschaft, in denen die Anspannung der Produktionskapazitäten besonders groß ist, hat allerdings der Nachfragesog Preiserhöhungen ermöglicht. Spürbar stiegen so die Baupreise. Die starke Nach-

frage nach Wohnungen hat einen deutlichen Anstieg der Mieten ausgelöst. Erheblich verteuerten sich auch die Nahrungsmittel, vor allem infolge knapperen Angebots. Die Lebenshaltung wird am Jahresende wohl rund 3 vH teurer sein als Ende 1988. Der Preisindex des privaten Verbrauchs aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wird erneut einen etwas stärkeren Anstieg aufweisen als der Preisindex für die Lebenshaltung (auf der Basis 1980), weil in diesem Index im Gegensatz zum Preisindex für die Lebenshaltung die verschiedenen Warengruppen mit dem aktuellen Gewicht eingehen und gerade Güter und Dienstleistungen mit einem gegenüber dem Basisjahr relativ stark erhöhten Preisniveau an Gewicht gewonnen haben (z.B. Autos, Mieten, Auslandsreisen).

### Ausblick

Nach der überaus kräftigen Expansion in diesem Jahr wird die konjunkturelle Aufwärtsbewegung im kommenden Jahr an Tempo verlieren. Zum einen wird sich die Wirtschaft der Bundesrepublik von der Entwicklung der Weltwirtschaft nicht abkoppeln können. Weltweit dürfte der Zinsanstieg die Bereitschaft der Unternehmen, in Sachkapital zu investieren, dämpfen. Die Bundesrepublik als einer der größten Exporteure von Investitionsgütern wird davon überdurchschnittlich betroffen sein. Zum anderen verlangsamt sich im Zuge der Verschärfung des geldpolitischen Kurses auch die Expansion der Investitionsgüternachfrage. Die Wachstumskräfte werden sich verlagern. Begünstigt durch die Steuerreform wird der private Verbrauch Impulse geben, aber dies wird den Verlust an Dynamik nicht voll ausgleichen können. Dennoch bleibt die Kapazitätsauslastung hoch, und die Beschäftigung nimmt weiter deutlich zu. Die Preise werden zwar konjunkturell verstärkt anziehen, die Inflationsrate wird jedoch — nach Wegfall des Verbrauchsteuereffekts — im Jahresdurchschnitt nicht höher sein als in diesem Jahr. Das Bruttosozialprodukt wird in realer Rechnung um 3 vH steigen.

Diese Prognose basiert auf folgenden Annahmen bezüglich der Größen, die nicht unmittelbar Gegenstand dieser Vorausschätzung sind:

- Nachfrage und Produktion in den Industrieländern nehmen weniger rasch als bisher zu. Das Tempo der Ausweitung des Welthandels schwächt sich deutlich ab.
- Die Rohstoffpreise sinken angesichts der Nachfrage- und Produktion in den Industrieländern im Verlauf des nächsten Jahres leicht; der Ölpreis verharrt bei 17 bis 18 Dollar je Barrel.
- Der Wechselkurs der D-Mark ändert sich real wenig. Das schließt sowohl die Möglichkeit eines geringfügigen Realignments im Europäischen Währungssystem ein als auch — alternativ — die Möglichkeit einer

etwas stärkeren Aufwertung gegenüber dem US-Dollar.

- Der Geldpolitik gelingt es, den Zuwachs der Geldmenge M3 weiterhin auf einem Pfad von etwa 5 vH zu halten. Einen geringeren Zuwachs wird die Bundesbank — auch wenn dies Zinssenkungen verlangen würde — nicht tolerieren.
- Die Lohnentwicklung hält Anschluß an die Tarifvereinbarungen der vergangenen Jahre; es wird eine etwas stärkere Erhöhung der tariflichen Stundenlöhne als bisher angenommen. Eventuelle Vereinbarungen über Arbeitszeitverkürzungen werden im kommenden Jahr noch nicht wirksam.
- Die Finanzpolitik nimmt die mit der Steuerreform verbundenen Einnahmeausfälle ohne Ausgabekürzung hin; aufgrund konjunkturbedingter Mehreinnahmen und Minderausgaben entwickelt sich die finanzielle Situation der Gebietskörperschaften günstiger als ursprünglich erwartet.

Die konjunkturelle Expansion wird sich unter den getroffenen Annahmen abgeschwächt fortsetzen. Diese Prognose ist allerdings mit großen Unsicherheiten behaftet. Auch vor einem Jahr war an dieser Stelle ein Abschwächungsszenario gezeichnet worden; tatsächlich blieb die konjunkturelle Dynamik groß. Zwar hat ohne Zweifel die Wahrscheinlichkeit einer Abschwächung des Expansionstempos mit dem weiteren Zinsanstieg in diesem Jahr und der noch einmal erhöhten Kapazitätsauslastung zugenommen, doch ist auch diesmal eine andere Entwicklung nicht auszuschließen.

So ist es denkbar, daß in wichtigen Ländern Westeuropas die Dynamik des Aufschwungs kräftig genug ist, um die dämpfenden Einflüsse von der monetären Seite zu überspielen. Blieben die Gewinnerwartungen der Unternehmen günstig, würde auch das jetzige Zinsniveau nicht vermehrt Anreiz zur Anlage in Finanztiteln bieten. Dies exakt abzuschätzen ist nicht möglich, weil es hierbei nicht um relativ gut voraussehbare und abgrenzbare Nachfrageaggregate wie den privaten Verbrauch geht, sondern um die innere Dynamik eines Marktprozesses, der aus sich heraus neue Beschäftigungs- und Einkommenschancen schafft. Dieser Prozeß wird sicher auch von Erwartungen über politische Veränderungen — wie die Schaffung eines europäischen Binnenmarktes — beeinflusst, deren Bedeutung sich der Quantifizierung entzieht.

Gegen ein Szenario ungebrochen kräftigen Wachstums spricht allerdings, daß es nur bei sich vergrößernden Knappheiten auf den Güter- und Kapitalmärkten und damit verbundenen verstärkten konjunkturellen Preissteigerungen vorstellbar ist. Diese würden aber, insbesondere in der Bundesrepublik, den Zinsdruck weiter erhöhen und die Perspektiven über die ganz kurze Frist hinaus verdüstern.

Es könnte aber auch sein, daß die innere Dynamik des Aufschwungs allgemein überschätzt wird und daß damit

Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	Absolute Werte				Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH			
	1987	1988	1989 <sup>1)</sup>	1990 <sup>1)</sup>	1987	1988	1989 <sup>1)</sup>	1990 <sup>1)</sup>
Bruttosozialprodukt, real (Mrd. DM)	1 641,9	1 701,8	1 771,5	1 825	1,7	3,6	4	3
Inlandsnachfrage, real (Mrd. DM)	1 591,6	1 650,9	1 691,5	1 743	2,9	3,7	2,5	3
Gesamtnachfrage <sup>2)</sup> , real (Mrd. DM)	2 142,1	2 233,3	2 342	2 429	2,4	4,3	5	3,5
Erwerbstätige <sup>3)</sup> (Inländer, 1000 Personen)	27 132	27 306	27 650	27 970	.	0,6	1,5	1
Arbeitslose (1000 Personen)	2 229	2 242	2 030	2 000	.	.	.	.
Arbeitslosenquote <sup>4)</sup> (vH)	8,6	8,6	7,9	7,8	.	.	.	.
Verbraucherpreise <sup>5)</sup>	.	.	.	.	0,6	1,2	3,5	3
Leistungsbilanzsaldo <sup>6)</sup> (Mrd. DM)	81,2	85,3	110	115	.	.	.	.
Finanzierungssaldo Staat <sup>7)</sup> (Mrd. DM)	-37,1	-45,2	0	-17	.	.	.	.

1) Vorausschätzung der beteiligten Institute; Angaben gerundet. — 2) Inlandsnachfrage und Ausfuhr. — 3) Ergebnisse der Volks- und Arbeitsstättenzählung 1987 berücksichtigt. — 4) Bezogen auf alle Arbeitnehmer (Beschäftigte und Arbeitslose); auf der Basis der Ergebnisse der Volkszählung. — 5) Preisniveau des privaten Verbrauchs. — 6) Zahlungsbilanzstatistik. — 7) VGR-Konzept.

die Wirkungen der schon vor anderthalb Jahren begonnenen Straffung der monetären Zügel unterschätzt werden, zumal die Geldpolitik weltweit auf einem solchen Kurs ist und ihre konjunkturdämpfenden Wirkungen sich kumulieren könnten. In diesem Fall käme es in Europa zu einer deutlicheren Verlangsamung der Investitionstätigkeit, die die Exporte und damit auch die Investitionen der Exporteure in der Bundesrepublik besonders hart träfe. Möglich ist auch, daß die weiterhin hohen Außenhandels-salden wirtschaftspolitische Reaktionen hervorrufen und zu Turbulenzen an den Finanz- und Devisenmärkten führen, in deren Verlauf die D-Mark deutlich höher bewertet wird.

Gegen ein Szenario starker konjunktureller Dämpfung spricht jedoch nicht nur die gute Ausgangssituation der deutschen Wirtschaft, sondern auch die Tatsache, daß eine deutliche Gewinnschmälerung, wie sie in der Vergangenheit für die letzte Aufschwungphase typisch war, nicht absehbar ist. Auch im nächsten Jahr dürfte die Kostenentwicklung die Gewinnerwartungen der Unternehmen nicht erheblich beeinträchtigen. Zudem scheinen die Währungsrelationen im EWS, in dessen Wirtschaftsraum der Großteil des deutschen Außenhan-

dels abgewickelt wird, angesichts der Bereitschaft der Partner zur Anpassung an die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik recht stabil zu sein.

Die Institute halten unter Berücksichtigung aller dieser Unwägbarkeiten die eingangs skizzierte mittlere Variante für den wahrscheinlichsten Fall: Die Verknappung an den Geldmärkten greift, aber sie dämpft den Expansionsprozeß nur, ohne die Erwartungen auf eine Fortsetzung der Aufwärtsbewegung umzukehren. Freilich ist zu sehen, daß sich auch in dieser Prognose nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität des Wachstums vermindert. Die Dämpfung der Investitionsdynamik verschlechtert die Chancen für ein länger andauerndes kräftiges Wachstum, weil relativ weniger Ressourcen für die Erweiterung der Kapazitätsgrenzen eingesetzt werden.

Der jüngste Kurssturz an den Aktienbörsen, nur zwei Jahre nach den Turbulenzen auf den Finanzmärkten im Oktober des Jahres 1987, wirft die Frage auf, ob die insgesamt optimistischen Erwartungen des vorliegenden Gutachtens gerechtfertigt sind. Hier ist festzustellen, daß schon die vor zwei Jahren aufgetretenen, von den Instituten in ihrem damaligen Gutachten nicht geteilten Besorgnisse über den Fortgang des Aufschwungs nicht ge-

rechtfertigt waren, auch weil die Geldpolitik rasch handelte. Solche Besorgnisse erscheinen jetzt noch weniger begründet, weil das internationale wirtschaftspolitische Umfeld in geringerem Maße als 1987 mit Spannungen belastet ist und die Auftriebskräfte stärker als damals sind. Ferner können die Marktteilnehmer, auch nach den Erfahrungen von 1987, darauf vertrauen, daß die geldpolitischen Instanzen gegebenenfalls die Stabilität des finanziellen Sektors durch vorübergehend die Liquidität anreichernde Maßnahmen gewährleisten.

### **Exporte steigen nicht mehr so stark**

Die reale Warenausfuhr wird im nächsten Jahr weiter deutlich zunehmen, doch wird sich mit der verhalteneren konjunkturellen Entwicklung in den Industrieländern das Tempo des Anstiegs der Auslandsnachfrage spürbar verringern. Für den realen Außenwert der D-Mark ist mit einer annähernden Konstanz zu rechnen; das bedeutet, daß die internationale Wettbewerbsposition noch einige Zeit sehr günstig bleiben wird. Getragen wird der Anstieg der Exporte weiterhin von der Investitionstätigkeit in den europäischen Nachbarländern. Die heimischen Exporteure werden also nach wie vor von einer für sie vorteilhaften Waren- und Länderstruktur der Auslandsnachfrage begünstigt werden. Im Jahresdurchschnitt wird sich zwar die Zuwachsrate der Ausfuhren halbieren, die laufende Anstiegsrate wird sich jedoch weit weniger abschwächen. Die Ausfuhr in die USA wird sich zunächst kaum erhöhen, weil die amerikanische Inlandsnachfrage zur Schwäche neigt. Die Ausfuhr in die OPEC-Länder dürfte weiter in mäßigem Tempo zunehmen, da sich die Exporterlöse dieser Länder bei künftig wieder langsamer steigenden Exportmengen und relativ stabilem Ölpreis nur noch wenig erhöhen. Bei den Lieferungen in andere Entwicklungsländer dürfte wie bisher die hohe Verschuldung eine stärkere Expansion verhindern. Zudem werden der nachlassende Importsog aus den Industrieländern und tendenziell sinkende Rohstoffpreise die Exporterlöse der Entwicklungsländer negativ beeinflussen. Das wird sich mit einer gewissen Verzögerung auch dämpfend auf ihre Importnachfrage auswirken. Die Ausfuhr in die Staatshandelsländer dürfte deutlich zunehmen, da hier die wirtschaftspolitischen Veränderungen in einigen Staaten und zusätzliche Kredite eine verstärkte Importnachfrage nach sich ziehen werden.

### **Finanzpolitik gibt kräftige Impulse**

Anders als in diesem Jahr, in dem der ausgeprägte Konsolidierungskurs retardierend wirkt, gehen von der Finanzpolitik im nächsten Jahr beachtliche Impulse auf die wirtschaftliche Entwicklung aus. Dazu trägt vor allem die Steuerreform bei, die bei privaten Haushalten und Unternehmen zu einer Entlastung von 30 Mrd. DM (in VGR-Ab-

grenzung) führt. Trotz beträchtlicher Steuerausfälle werden die Steuereinnahmen infolge der guten Konjunktur weiter zunehmen. Gegenüber der Steuerschätzung, die den Haushaltsplanungen zugrunde liegt, wird mit Mehreinnahmen in Höhe von 12 Mrd. DM gerechnet.

Die Sozialbeiträge werden schwächer als in diesem Jahr steigen, weil die Beitragssätze zur gesetzlichen Krankenversicherung wegen der reformbedingten Einsparungen etwas gesenkt werden dürften. Alles in allem steigen die Einnahmen des Staates mit 2 vH deutlich schwächer als in diesem Jahr. Dabei ist unterstellt, daß die Bundesbank einen Gewinn in ähnlicher Größenordnung wie 1989 an den Bund abführt.

Bei den Ausgaben des Staates wird sich der Anstieg dagegen im nächsten Jahr verstärken. Insbesondere der Staatsverbrauch wird mit nahezu 4 vH deutlich rascher zunehmen als in diesem Jahr, in dem die Sachausgaben der gesetzlichen Krankenversicherungen wegen der in das Jahr 1988 vorgezogenen Leistungen für Zahnersatz, Seh- und Hörhilfen niedriger als im Vorjahr sind. Die Personalausgaben werden auch 1990 nur mäßig zunehmen, zumal die Barlohnkomponente des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst wegen der Verkürzung der Arbeitszeit moderat ausfällt.

Die laufenden Übertragungen an private Haushalte werden ebenfalls stärker zunehmen als in diesem Jahr. Dies ergibt sich einmal aus dem starken Zustrom von Aussiedlern und Übersiedlern; die Einführung eines einheitlich bemessenen Eingliederungsgeldes, das finanziell besser dotierte Einzelleistungen ablöst, führt nur zu geringen Einsparungen. Mehraufwendungen ergeben sich zum anderen durch die Verlängerung der Bezugsdauer von Erziehungsgeld, die Erhöhung des Kindergeldes für das zweite Kind, die Verbesserung der Ausbildungsförderung, die Aufstockung des Wohngeldes und die Gewährung von Lohnkostenzuschüssen für Langzeitarbeitslose. Zudem wird der Rentenanpassungssatz höher sein als in diesem Jahr.

Die staatlichen Investitionen werden brutto mit 4 vH zwar schwächer als in diesem Jahr zunehmen; die Abflachung wird jedoch weniger ausgeprägt sein als vielfach befürchtet. Diese Erwartung gründet sich darauf, daß sich der haushaltspolitische Spielraum der Gemeinden trotz steuerreformbedingter Ausfälle infolge der moderat steigenden Personalausgaben und der konjunkturbedingten Mehreinnahmen nicht verengt.

Trotz der beträchtlichen Steuerausfälle und der Aufstockung der sozialen Leistungen wird das gesamte Staatsdefizit 1990 aufgrund der konjunkturellen Mehreinnahmen an Steuern und Sozialbeiträgen nur auf rund 17 Mrd. DM steigen. Während der Fehlbetrag der Gebietskörperschaften von 15 auf 31 Mrd. DM zunimmt, wird der Überschuß bei den Sozialversicherungen geringfügig sinken. Dabei dürfte sich die Finanzlage der Arbeitslosenversicherung etwas verschlechtern.

### **Zügige Ausweitung des privaten Verbrauchs**

Anders als die übrigen Nachfrageaggregate wird der private Verbrauch verstärkt zunehmen. Ausschlaggebend ist die beschleunigte Expansion der verfügbaren Realeinkommen infolge der beträchtlichen Entlastungen durch die Steuerreform. Die Bruttolohn- und -gehaltsumme wird 1990 voraussichtlich um 5 ½ vH expandieren. Dabei wird unterstellt, daß für diejenigen Beschäftigten, deren Verdienstanhebung 1990 nicht bereits tarifvertraglich festgeschrieben ist, Lohnerhöhungen zwischen 5 und 5 ½ vH beschlossen werden. Vereinbarungen über zusätzliche Arbeitszeitverkürzungen — insbesondere im Metallbereich — treten vermutlich erst 1991 in Kraft. Die Nettolohn- und -gehaltsumme wird um 8 ½ vH zunehmen. Dabei spielt auch eine Rolle, daß infolge der Gesundheitsreform die Beitragssätze der gesetzlichen Krankenkassen leicht gesenkt werden dürften. Die Renten-, Pensions- und Unterstützungsleistungen werden mit 4 ½ vH deutlich expandieren.

Unter Einrechnung der unverändert kräftig steigenden entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen zeichnet sich eine Zunahme der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um rund 7 vH ab. Real beträgt der Einkommenszuwachs reichlich 4 vH.

Diese Ausweitung wird aller Voraussicht nach nicht zu einer gleich großen Erhöhung der Ausgaben für den privaten Verbrauch führen. Erfahrungsgemäß werden Einkommenszuwächse nicht sofort und in voller Höhe in Mehrausgaben umgesetzt; die Sparquote dürfte steigen. Der private Verbrauch wird im Jahresdurchschnitt um 3 ½ vH zunehmen.

### **Nachlassende Investitionsdynamik**

Die Nachfrage nach Investitionsgütern wird auch im nächsten Jahr aufwärtsgerichtet bleiben. Bei der hohen Kapazitätsauslastung und einer anhaltend günstigen Gewinnsituation werden die Unternehmen bereit sein, ihren Bestand an Sachkapital zu erweitern. Zwar nimmt die Auslandsnachfrage nicht mehr so rasch zu, dafür führen aber die Impulse der Steuerreform zu einer Verbesserung der Absatzaussichten im Inland, insbesondere im Konsumgüterbereich. Die bevorstehende Vollendung des Europäischen Binnenmarktes stabilisiert zusätzlich die Investitionsneigung. Andererseits mindern die gestiegenen Zinsen tendenziell die Attraktivität von Sachinvestitionen gegenüber risikoärmeren Finanzanlagen. Insgesamt läßt dies einen weiteren Zuwachs der Investitionen, wenn auch mit abnehmendem Tempo, erwarten. Die Ausrüstungsinvestitionen werden im Jahresdurchschnitt um 6 vH ausgeweitet werden.

### **Bautätigkeit bleibt lebhaft**

Der Aufschwung in der Bauwirtschaft wird auch im

nächsten Jahr anhalten. Dafür sprechen die kräftig expandierende Nachfrage, spürbar gestiegene Auftragsbestände und die verschiedenen Förderprogramme, nicht nur im Wohnungsbau. Entsprechend positiv sind auch die Geschäftserwartungen der Bauunternehmer. Gleichwohl dürfte es nunmehr wieder zu einer stärkeren Differenzierung zwischen den einzelnen Bausparten kommen.

Ein kräftiger Anstieg der Bautätigkeit zeichnet sich auf kurze und mittlere Sicht im Wohnungsbau ab. Der unerwartet starke Zustrom von Aus- und Übersiedlern, aber auch die zunehmende Zahl an Ein-Personen-Haushalten sowie die seit einigen Jahren positive Entwicklung der Realeinkommen lassen die Nachfrage nach Wohnraum spürbar zunehmen. Nachdem jahrelang Wohnungshalten die Marktlage bestimmt hatten, gibt es inzwischen — zumindest in den Ballungszentren — wieder Engpässe auf dem Wohnungsmarkt. Die Mieten steigen daher wieder stärker; damit hat sich die Rentabilität im Mietwohnungsbau verbessert. Zusätzliche Anreize gehen von den kürzlich verbesserten Abschreibungsbedingungen und den Förderprogrammen für den sozialen Wohnungsbau aus. Der verstärkte Zustrom von Übersiedlern hat Anfang Oktober die Bundesregierung zu einer Ausweitung der Förderprogramme veranlaßt. Durch Zinsverbilligungen und Sonderabschreibungen für den Umbau von bisher gewerblich oder landwirtschaftlich genutzten Gebäuden und für den Dachgeschoßausbau soll die Schaffung zusätzlicher Wohnungen rasch gefördert werden.

Im öffentlichen Bau ist im Vorjahresvergleich wegen des hier besonders starken witterungsbedingten Basiseffekts lediglich ein geringer realer Anstieg zu erwarten. Hinzu kommt, daß von den Förderprogrammen keine zusätzlichen Anstöße ausgehen werden.

Insgesamt werden die Bauinvestitionen weiter zügig zunehmen. Allerdings wird der Zuwachs im Jahresdurchschnitt wegen des witterungsbedingten Basiseffekts mit 3 vH deutlich niedriger ausfallen als 1989. Im Wohnungsbau werden die Investitionen um etwa 4 vH, im gewerblichen Bau um 3 ½ vH expandieren, während sie im öffentlichen Bau stagnieren dürften.

Bei der hohen Auslastung der Kapazitäten eröffnet die Ausweitung der Nachfrage den Bauunternehmen zunehmende Preiserhöhungsspielräume. Hier wird im Jahresdurchschnitt 1990 mit einem Anstieg der Baupreise von 4 ½ vH gerechnet, nach 3 ½ vH in diesem Jahr und knapp 2 vH im Jahr 1988.

### **Etwas langsamere Produktionsausweitung**

Bei dem anhaltenden zügigen Anstieg der Nachfrage wird die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahr 1990 weiter deutlich zunehmen, mit knapp 3 vH im Jahresdurchschnitt allerdings nicht mehr so kräftig wie in den beiden Jahren zuvor. Da der Saldo der Kapitalerträge mit dem Ausland weniger stark steigen wird als im laufenden

Jahr, wird die Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts wieder mehr der des Bruttoinlandsprodukts entsprechen.

### **Weiterhin rege Importnachfrage**

Die wirtschaftliche Expansion in der Bundesrepublik und die damit einhergehende hohe Kapazitätsauslastung in vielen Bereichen werden dazu führen, daß die reale Wareneinfuhr auch im Jahre 1990 kräftig zunimmt, wenn auch wohl in etwas geringerem Tempo als bisher. Die Bezüge ausländischer Investitionsgüter werden nur wenig verlangsamt zunehmen, weil die Kapazitätsengpässe in der Bundesrepublik hier sehr ausgeprägt sind. Mit der zum Jahresbeginn 1990 wirksam werdenden Steuersenkung wird die Einfuhr von Konsumgütern wieder stärker ausgeweitet.

Die Importpreise werden 1990 in mäßigem Tempo steigen. Bei Fertigwaren ist angesichts der hohen Auslastung der Produktionskapazitäten im Ausland nun wohl mit etwas größeren Preiserhöhungen zu rechnen. Dem steht aber eine Entlastung durch die anhaltenden Preissenkungstendenzen an den internationalen Rohstoffmärkten gegenüber.

Insgesamt wird die reale Wareneinfuhr 1990 etwas stärker als die Ausfuhr zunehmen. Dennoch wird der — im Jahr 1989 kräftig gestiegene — Ausfuhrüberschuß kaum zurückgehen. Der Überschuß in der Leistungsbilanz wird 1990 eher noch etwas höher sein als in diesem Jahr.

### **Deutlicher Beschäftigungsanstieg — geringer Rückgang der Arbeitslosigkeit**

Die Nachfrage nach Arbeitskräften wird 1990 ähnlich stark zunehmen wie in diesem Jahr, nicht zuletzt weil die Kurzarbeit auf einen sehr niedrigen Stand gesunken und der Umfang der geleisteten Sonderschichten und Überstunden bereits relativ groß ist. Die Zahl der Erwerbstätigen wird sich im Verlauf und im Jahresdurchschnitt mit reichlich 300 000 fast so kräftig erhöhen wie in diesem Jahr.

Die Arbeitslosigkeit wird trotz der zu erwartenden kräftigen Zunahme der Erwerbstätigkeit kaum noch sinken, weil das Erwerbspersonenpotential noch stärker wächst als in diesem Jahr. Entscheidend hierfür ist die größere Zahl von Aussiedlern, die nach der Absolvierung von Sprachkursen auf den Arbeitsmarkt drängen werden. Hinzu kommt der starke Zustrom von Übersiedlern. Außerdem erhöht sich, auch als Folge der erleichterten Familienzusammenführung, das Angebot an ausländischen Arbeitskräften weiter. Nach ersten Schätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung dürfte das Arbeitskräftepotential — bei leicht sinkendem Angebot an heimischen Arbeitskräften — insgesamt um 370 000 Per-

sonen wachsen. Dazu tragen Aus- und Übersiedler rund zwei Drittel und Ausländer ein Drittel bei. Im Jahresdurchschnitt wird die Zahl der Arbeitslosen ungefähr 2 Mill. betragen.

### **Konjunkturbedingter Preisauftrieb verstärkt sich**

Für das kommende Jahr ist mit einem verstärkten konjunkturellen Anstieg der Preise für die Lebenshaltung zu rechnen. Neben der kräftigen Zunahme der Konsumnachfrage spielt eine Rolle, daß aufgrund der erwarteten Tariflohnhebungen insbesondere die Preise für Dienstleistungen und Reparaturen spürbar erhöht werden. Ins Gewicht fällt auch, daß die Mieten als Folge der zunehmenden Engpässe bei Wohnraum im Verlauf des Jahres kräftig anziehen werden. Die Preise für Ver- und Gebrauchsgüter werden im Jahresverlauf zwar ebenfalls beschleunigt steigen, aber im Jahresdurchschnitt fällt die Erhöhung etwas geringer aus als in diesem Jahr, in dem die Anhebung einzelner Verbrauchsteuern einen deutlichen Schub gebracht hat. Insgesamt wird die Lebenshaltung zu Jahresbeginn um rund 2 ½ vH und am Jahresende um reichlich 3 vH teurer sein als 1989; im Jahresdurchschnitt dürfte die Steigerung 3 vH betragen.

### **Wirtschaftspolitische Überlegungen**

Die gesamtwirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik stellt sich in diesem Herbst günstiger dar als zu Beginn des Jahres erwartet wurde. Nachfrage und Produktion nehmen 1989 ähnlich kräftig zu wie im Vorjahr, die Beschäftigung sogar stärker. Erstmals in diesem Aufschwung kann dabei die Arbeitslosigkeit spürbar verringert werden. Der Anstieg der inlandsbestimmten Kosten und Preise fällt, an vergleichbaren früheren Aufschwungsphasen gemessen, weiterhin moderat aus.

Beim Urteil über diese Entwicklung und bei der damit verbundenen Frage nach den Aufgaben der Wirtschaftspolitik für 1990 und danach darf nicht übersehen werden, daß die günstige wirtschaftliche Entwicklung 1989 stark hochkonjunkturelle Züge aufweist. Das gegenwärtig rasche Expansionstempo ist nicht mit dem mittelfristig zu erwartenden Wachstumstrend gleichzusetzen. Die zyklische Anspannung birgt Gefahren für die Stabilität von Kosten und Preisen, aus denen sich bei einem Fehlverhalten der am Wirtschaftsleben beteiligten Gruppen wie auch der Wirtschaftspolitik ein wirtschaftlicher Rückschlag ergeben kann.

Die möglichst friktionsfreie Fortsetzung der Aufwärtsbewegung wäre angesichts der nach wie vor hohen Zahl von Arbeitslosen schon ohne den großen Zustrom von Aus- und Übersiedlern dringend erforderlich. Mit diesem Zustrom ist sie noch drängender geworden. Nur bei kräftigem Wachstum ist eine rasche wirtschaftliche und so-

ziale Eingliederung dieses Personenkreises möglich, wenn nicht gleichzeitig die Chancen für die bisher Arbeitslosen auf einen Arbeitsplatz verschlechtert werden sollen. Wirtschaftspolitik und Tarifvertragsparteien müssen dazu die Weichen stellen.

Ein Problem stellt die nach wie vor unausgewogene Struktur der Auftriebskräfte dar. Die kräftige konjunkturelle Expansion ist in hohem Maße exportinduziert. Die Stärke der autonomen binnenwirtschaftlichen Entwicklung läßt dagegen zu wünschen übrig. Die voraussichtliche Beschleunigung der Inlandsnachfrage im Jahre 1990 geht fast ausschließlich auf die durch die Steuerensenkung angeregte Konsumnachfrage zurück. Daß die Steuerreform über das nächste Jahr hinaus auch Angebotswirkungen entfaltet, erscheint zwar nicht zweifelhaft, aber dennoch dürfte das binnenwirtschaftlich bestimmte Wachstum in den darauffolgenden Jahren spürbar niedriger sein als im Jahre 1990. Es gilt deshalb, die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen so zu gestalten, daß das gesamtwirtschaftliche Wachstum auch bei deutlich nachlassender Ausfuhrzunahme kräftig bleibt.

Die Stärkung der binnenwirtschaftlichen Wachstumskräfte ist zudem eine Voraussetzung dafür, daß es zu einer Verlagerung der Ressourcen von der außenwirtschaftlichen zur binnenwirtschaftlichen Verwendung kommt: für die Schaffung neuer Arbeitsplätze, zusätzlicher Wohnungen und die Lösung von Problemen auf den Gebieten Umwelt, Verkehr und Bildung. Der Schlüssel für die Verringerung der Überschüsse liegt aber nicht nur in deutscher Hand. Vielmehr müssen die wichtigsten Defizitländer durch eine den Konsum zurückdrängende Politik den Einfuhrsog mindern und ihre internationale Wettbewerbsposition durch zusätzliche Anstrengungen verbessern. In der Bundesrepublik müssen geeignete Bedingungen geschaffen werden, um die Investitionsneigung mittelfristig auf einem hohen Niveau zu halten. Damit hätte die Bundesrepublik ihrerseits einen hohen Importbedarf, und die Unternehmen würden weniger stark in den Export drängen. Das wäre auch deshalb wünschenswert, weil zu befürchten ist, daß bei einer stärkeren Abkühlung der Weltkonjunktur die internationale Auseinandersetzung über die Ungleichgewichte wieder auflebt und dies in einer wirtschaftlich instabilen Situation zu zusätzlicher Unsicherheit mit entsprechenden Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung führt.

Die hohe Auslastung der Sachkapazitäten, vermehrt zu beobachtende Lücken im Arbeitskräfteangebot und wieder stärker steigende Preise sprechen nur scheinbar gegen die Forderung nach einer Kräftigung der Inlandsnachfrage. Die Wirtschaftspolitik hat Gestaltungsspielraum und kann die Anreize so setzen, daß mehr Ressourcen für die Ausweitung des Produktionspotentials eingesetzt werden. Umgelenkt werden können Ressourcen, die jetzt in das Ausland fließen, ebenso wie solche, die gegenwärtig für konsumtive Zwecke verwendet werden. Auch läge es nahe, Handelsbarrieren im

Interesse der Angebotserweiterung durch Importe abzubauen. Es besteht zum Beispiel die Möglichkeit, Liberalisierungsmaßnahmen, die im Rahmen der GATT-Runde und der Vollendung des Europäischen Binnenmarktes ohnehin vorgesehen sind, zeitlich vorzuziehen. Hinzu kommt, daß durch den Abbau von Regulierungen die Entfaltung privater Initiative gefördert würde.

Angesichts der Spannungen zwischen Angebot und Nachfrage ist die Gefahr einer spürbaren Beschleunigung des Preisauftriebs noch nicht gebannt. Fatal wäre es, wenn in der nächsten Lohnrunde in der Erwartung einer solchen Beschleunigung entsprechende Zuschläge durchgesetzt würden. Dann würde der gegenwärtigen Hochkonjunktur nicht ein sanfter Übergang in ein mittelfristig befriedigendes Wachstum folgen, sondern ein konjunktureller Einbruch. Er würde stärker sein, wenn die Bundesbank in einem solchen Fall die geldpolitischen Zügel noch weiter anziehen würde.

Alles in allem steht die Wirtschaftspolitik trotz der günstigen gesamtwirtschaftlichen Situation vor schwierigen Aufgaben.

#### Zur Geld- und Währungspolitik

Die Bundesbank hat ihre Leitzinserhöhungen im Sommerhalbjahr 1989 mit der Gefährdung der inneren und äußeren Stabilität der Währung begründet. So habe sich der Preisanstieg zwar infolge vorübergehend sinkender Einfuhrpreise abgeschwächt, die deutlich sichtbaren Überhitzungserscheinungen signalisierten jedoch, daß auch weiterhin Stabilitätsrisiken bestünden. Auch stünde die reale Abwertung der D-Mark sowohl gegenüber dem US-Dollar als auch innerhalb des EWS nicht im Einklang mit der Preis- und Leistungsbilanzsituation. Hinzu komme, daß die Expansionsrate der um Einlagen von Inländern auf den Euromärkten erweiterten Geldmenge M3 gegenwärtig noch deutlich über 5 vH liege.

Bezüglich der Wechselkursentwicklung im EWS teilen die Institute grundsätzlich die Einschätzung, daß die in der Vergangenheit aufgelaufenen Inflationsdifferenzen sowie die damit verbundenen Wettbewerbsdifferenziale für eine Aufwertung der D-Mark sprechen. Allerdings läßt sich am Devisenmarkt gegenwärtig kein Aufwertungsdruck für die D-Mark beobachten. Die meisten anderen am EWS beteiligten Länder steigern nämlich die Attraktivität ihrer Währungen durch hohe Zinsen. Auf diese Weise erzielen sie einen unmittelbaren Stabilitätsimport. Zudem soll mit einer solchen Geldpolitik die künftige Nachfrageexpansion wieder besser in Übereinstimmung mit der Ausweitung des Produktionspotentials gebracht werden, um die Inflationsgefahren auch längerfristig einzudämmen und sich dem Stabilitätsstandard der deutschen Währung weiter anzunähern. Sie haben sich somit für den im Vergleich zur Abwertungs- und Inflationierungspraxis der Vergangenheit schwierigeren Weg bei

der außenwirtschaftlichen Anpassung entschieden. Im Hinblick auf eine dauerhafte Stabilisierung des europäischen Umfeldes ist dies letztlich zu begrüßen. Es darf gleichwohl nicht übersehen werden, daß eine derartige geldpolitische Ausrichtung der EWS-Partner — über den direkten Preiszusammenhang bei festen Wechselkursen — die Preissteigerung in der Bundesrepublik zunächst einmal verstärkt. Diese Ausrichtung bedeutet aber, daß eine nachhaltige Verringerung der Überschüsse und Defizite in Gang kommen kann. Es wäre unangebracht, wenn die Bundesbank dem importierten Preisanstieg als unvermeidlicher Begleiterscheinung des europäischen Stabilisierungsprozesses monetär entgegenwirken würde. Es entstünde vielmehr die Gefahr eines Zinswettlaufs in Europa.

Die Institute halten es für sinnvoll, wenn sich die Bundesbank potentialorientiert verhält. Dies schafft letztlich die besten Voraussetzungen dafür, daß der Preisanstieg begrenzt bleibt und die Wirtschaft nachhaltig expandiert. Nach Einschätzung der Institute dürfte die Entwicklung der Geldmengenaggregate nach den ausgeprägten Verzerrungen infolge der Einführung und Wiederabschaffung der Quellensteuer in den kommenden Monaten weitgehend frei von Sondereffekten sein, da sich das Anlageverhalten der Nichtbanken inzwischen wohl normalisiert hat. Ob freilich die jüngste Leitzinserhöhung aus binnenwirtschaftlichen Gründen notwendig war, wird erst die weitere Geldmengenentwicklung zeigen. Die Notenbank sollte sorgfältig beobachten, ob nicht infolge der erneuten Kreditverteuerung die Geldmengenexpansion nachhaltig unter den Zielpfad sinkt. Es wäre in diesem Fall angemessen, unverzüglich Maßnahmen zur Verstärkung des Geldmengenwachstums zu ergreifen.

Die Bundesbank sollte sich weiter an der Geldmenge M3 orientieren. Die zusätzliche Berücksichtigung von Euroeinlagen inländischer Nichtbanken wirft nämlich mehrere Probleme auf. Das Hauptproblem ist darin zu sehen, daß im erweiterten Aggregat solche Einlagen ein hohes Gewicht haben, die — wie schon die Termineinlagen bei inländischen Kreditinstituten in M3 — auf Zinsänderungen gleichgerichtet reagieren. Das kann dazu führen, daß Maßnahmen der Geldpolitik, die auf eine Dämpfung der monetären Gesamtnachfrage abzielen, zu einer beschleunigten Expansion des erweiterten Aggregates führen und damit die geldpolitische Wirkung falsch indizieren. So erhöht sich die erweiterte Geldmenge M3 in diesem Jahr deutlich stärker als im zurückliegenden, obwohl die Zinsen merklich gestiegen sind; die Geldmenge M3 wächst dagegen langsamer. Die Indikatorqualität des erweiterten Aggregates ist also keineswegs besser als jene von M3.

Um den Preisanstieg nach und nach zu verringern, sollte die Bundesbank auch für das kommende Jahr eine Ausweitung der Geldmenge M3 um etwa 5 vH ankündigen. Für eine potentialgerechte Ausweitung der wirtschaftlichen Aktivität wäre dies nicht zu wenig; wegen der

reichlichen Geldversorgung in der Vergangenheit kann Liquidität für das Wachstum aktiviert werden. Der Zinsanstieg schafft hierzu Anreize. Die Bundesbank sollte auch dann keine geringere Expansionsrate anstreben, wenn sich der Preisauftrieb im kommenden Jahr stärker beschleunigt als hier prognostiziert. Soweit dies das Ergebnis der Geldversorgung der Vergangenheit wäre, könnte es wegen der beträchtlichen Verzögerung geldpolitischer Wirkungen auf die Preisentwicklung auch durch eine restriktive Geldpolitik kurzfristig nicht verhindert werden, ohne die Konjunktur stark zu bremsen. Soweit der verstärkte Preisauftrieb Ergebnis überhöhter Lohnabschlüsse wäre, würden die Beschäftigungschancen durch eine restriktive Geldpolitik zusätzlich verschlechtert. Eine über die automatischen Wirkungen des verstärkten Preisanstiegs hinausgehende Dämpfung der Geldversorgung stünde im Widerspruch zum Konzept der potentialorientierten Geldpolitik.

### Zur Wirtschafts- und Finanzpolitik

Im Jahre 1990 gehen von der Finanzpolitik wieder expansive Impulse auf die wirtschaftliche Entwicklung aus. Der Staat senkt in beträchtlichem Maße die Steuerlast und verändert gleichzeitig das Wachstumstempo der Ausgaben nicht nennenswert. Nach vermutlich ausgeglichenem Staatshaushalt in diesem Jahr ergibt sich 1990 wieder ein Defizit, das jedoch beachtlich hinter den ursprünglichen Erwartungen zurückbleibt.

Das Ausmaß des finanzpolitischen Impulses ist trotz des hohen Auslastungsgrades in der Wirtschaft angesichts der zu erwartenden leichten zyklischen Abschwächung konjunkturpolitisch noch vertretbar. Bedenklich ist, über die konjunkturelle Sicht hinaus, daß entschlossene Bemühungen um weitere Einsparungen fehlen, so bei den Subventionen. Deren Volumen hat sich trotz günstiger Konjunktur- und Gewinnsituation in den vergangenen Jahren insgesamt erhöht. Nach einem leichten Rückgang im Jahre 1989 steigen die Subventionen im nächsten Jahr wieder an.

Dem Staat fällt bei dem Bestreben, die Wachstumskräfte in der Bundesrepublik mehr auf die Binnenwirtschaft zu verlagern, eine Doppelrolle zu. Zum einen muß er durch eine entsprechende steuerpolitische und ordnungspolitische Rahmensetzung dazu beitragen, daß die Bundesrepublik für private Investoren attraktiver wird als bisher, zum anderen muß er selber mit mehr investiven Ausgaben ein stärkeres — möglichst umweltschonendes — Wachstum ermöglichen.

In steuerlicher Hinsicht kommt es vor allem darauf an, die Hemmnisse für die Sachkapitalbildung im Inland zu verringern, damit einerseits deutsches Kapital nicht in so starkem Ausmaß wie in den vergangenen Jahren in ausländische Finanzanlagen fließt, und andererseits die Bundesrepublik für ausländische Investoren attraktiver wird.

Kerngedanke einer weiteren Reform des Steuersystems sollte es sein, die marginalen Steuersätze zu senken bei gleichzeitiger Verbreiterung der Bemessungsgrundlage. Die Senkung der marginalen Steuersätze ist wichtig, um die Investitionsanreize zu stärken. Steuervergünstigungen sollten verringert werden, weil sie vielfach Fehlallokationen bewirken. Aus der Sicht des Empfängers mindern die Steuervergünstigungen zwar die Steuerlast, sie ändern jedoch nichts an der Höhe der — auch psychologisch — wichtigen marginalen Sätze. Um Wettbewerbsnachteile des Finanzplatzes Bundesrepublik zu verringern, sollten die Kapitalverkehrssteuern abgeschafft werden. Dies würde die Eigenkapitalfinanzierung weniger diskriminieren und für risikoreiche Investitionen die Anreize zur Beschaffung von Eigenkapital vergrößern.

Auf den Gebieten Umweltschutz, Verkehr, Bildung, Wohnungsbau sowie bei der Eingliederung von Aus- und Übersiedlern stellen sich wichtige Aufgaben. Dabei geht es auch um die Erzeugung von Akzeptanz für weiteres wirtschaftliches Wachstum. Werden die Umweltprobleme nicht entschieden und glaubwürdig angegangen und wird kein überzeugendes Konzept zur Lösung der Verkehrsprobleme — und damit verbundener vermeidbarer Umweltbelastungen — entwickelt, dann werden die Bemühungen um künftiges Wachstum bei der Bevölkerung immer mehr auf Ablehnung stoßen. Sicherlich verlangen Beseitigung der Verkehrsprobleme und Umweltschutz auch zusätzliche staatliche Ausgaben. In erster Linie ist jedoch die Einführung marktwirtschaftlicher Konzeptionen gefragt. Vorschläge dazu gibt es zur Genüge. Bisher allerdings erschöpft sich die Politik im wesentlichen in Bekenntnissen zu solchen Konzeptionen. Auf den Gebieten der Bildungspolitik und der Wohnungspolitik sind in den zurückliegenden Jahren Entscheidungen auf der Grundlage unzutreffender Vorstellungen über die künftige Entwicklung gefällt worden. Hier liegen deshalb nun Defizite vor, deren Beseitigung rasch angegangen werden sollte.

An Finanzierungsfragen muß die Bewältigung der genannten Aufgaben nicht scheitern. Nicht nur in dem großen Volumen der Subventionszahlungen, sondern auch in anderen Ausgabekategorien sind noch beachtliche Einsparpotentiale enthalten. Zudem läßt sich mit marktwirtschaftlichen Lösungen für Umweltschutz und Verkehr auch ein beträchtliches Aufkommen an finanziellen Mitteln mobilisieren. Ein Beispiel dafür sind Abgaben auf Emissionen. Für die Lösung dringlicher Zukunftsaufgaben, die langfristige Investitionen erfordern, sollte aber auch die Kreditfinanzierung nicht ausgeschlossen werden.

Erhebliche Bedeutung für die künftige wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik und in Europa kommt der Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes zu. Nach gutem Start haben die Fortschritte nachgelassen, auch zeichnen sich nun protektionistische Tendenzen ab. Es sollte allen Beteiligten klar sein, daß Protektionismus

gegenüber Drittländern Gegenreaktionen hervorrufen und letztlich statt Wohlfahrtsgewinnen Wohlfahrtsverluste mit sich bringen wird. Regulierungen im industriellen Sektor auf der Grundlage einer europäischen Industriepolitik mit dem Ziel, Importe aus Drittländern zu begrenzen, sind deshalb ebenso gefährlich wie die geplante Diskriminierung von Dienstleistungen, wie sie beispielsweise auf dem Gebiet von Fernsehproduktionen beabsichtigt ist. Was die Pflicht zu europaweiter Ausschreibung öffentlicher Aufträge betrifft, so ist hierin zwar gegenüber der bisherigen Praxis nationaler Ausschreibungen eine Verbesserung zu sehen. Es müßte aber möglich sein, daß sich auch außereuropäische Unternehmen um solche Aufträge bewerben, um so den Wettbewerbsgrad zu erhöhen.

### **Zur Lohnpolitik und den arbeitsmarktpolitischen Aufgaben**

Die gemäßigten Lohnerhöhungen der letzten Jahre haben ohne Zweifel erheblichen Anteil an der günstigen Entwicklung von Wachstum und Beschäftigung. Aus dem Auseinanderdriften von Gewinnen und Löhnen haben sich aber offensichtlich Spannungen zwischen den Tarifparteien ergeben, deren Entladung in Form von deutlich höheren Steigerungssätzen der Löhne als bisher bei stabilisierungsgerechter Geldpolitik nicht nur die Fortsetzung der positiven Beschäftigungsentwicklung gefährden würde, sondern zu einem beschäftigungspolitischen Rückschlag führen könnte.

Begründet werden höhere Lohnforderungen sowohl mit der Scherenentwicklung von Gewinnen und Löhnen als auch mit gestiegenen Preisen. Die Scherenentwicklung muß zunächst vor dem Hintergrund der ungünstigen Ausgangsbasis der Gewinne gesehen werden. Auch sind die Arbeitnehmer am Produktivitätsfortschritt zum Teil durch Arbeitszeitverkürzung beteiligt worden, was sich nicht in allen Verteilungsmaßen niederschlägt. Berücksichtigt werden muß auch, daß Gewinne in den letzten Jahren nicht zuletzt im Außenhandel erzielt wurden, weil zunächst die Abwertung der D-Mark nicht voll in niedrigeren Auslandspreisen und später — unter anderem aufwertungsbedingte — Verbesserungen der Terms of Trade nicht voll in niedrigeren Inlandspreisen weitergegeben wurden. Daß sich derartige Gewinne wiederum ergeben, kann nicht ohne weiteres vorausgesetzt werden.

Die Beschleunigung des Preisanstiegs in diesem Jahr ist zu einem beträchtlichen Teil auf die Erhöhung von Verbrauchsteuern und Gebühren zurückzuführen. Eine so bewirkte Umverteilung zugunsten des Staates ist keine Begründung für zusätzliche Lohnsteigerungen; darauf haben die Institute mehrfach hingewiesen. Würden in die Ergebnisse der nächsten Lohnrunde Zuschläge für erwartete Preissteigerungen eingebaut, die über das hinausgehen, was die Bundesbank unter Stabilitätsgesichts-

**Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung**  
Vorausschätzung für die Jahre 1989 und 1990

	1988 <sup>1)</sup>	1989 <sup>1),2)</sup>	1990 <sup>2)</sup>	1989		1990	
				1. Hj.1)	2. Hj.2)	1. Hj.2)	2. Hj.2)

**1. Entstehung des Sozialprodukts**  
Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	0,6	1,5	1	1,2	1,5	1	1
Arbeitszeit (arbeitsstglich)	-0,3	-1	-1	-0,6	-1	-1	-0,5
Arbeitstage <sup>3)</sup>	0,3	0	0	0,2	-0,5	0	0
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	0,6	0,5	0	0,8	-0,5	0	0,5
Produktivität <sup>4)</sup>	3,1	3	2,5	3,2	3,5	2,5	3
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980	3,7	3,5	3	4,0	3	2,5	3

**2. Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen**

a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	1156,8	1216,5	1294	584,3	632	619,5	674,5
Staatsverbrauch	411,5	419,5	435	194,1	225	201,5	233,5
Anlageinvestitionen	419,1	465	505	215,9	249,5	231,5	273,5
Ausrüstungen	184,9	208,5	228,5	94,2	114,5	104,5	124,5
Bauten	234,3	256,5	276	121,6	135	127	149
Vorratsveränderung	13,7	12	10	18,0	-6	17	-7
Außenbeitrag	120,6	149	155	72,6	76,5	76,5	78
Ausfuhr	687,8	791,5	857	385,4	406	420,5	436,5
Einfuhr	567,2	642,5	702	312,8	329,5	344	358,5
Bruttosozialprodukt	2121,7	2261,5	2399	1084,7	1177	1146	1253

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	4,0	5	6,5	5,2	5	6	6,5
Staatsverbrauch	3,7	2	3,5	2,4	1,5	4	3,5
Anlageinvestitionen	7,5	11	8,5	12,3	10	7	10
Ausrüstungen	8,4	13	9,5	13,1	12,5	10,5	9
Bauten	6,7	9,5	7,5	11,7	7,5	4,5	10,5
Ausfuhr	7,7	15	8,5	16,0	14	9	7,5
Einfuhr	7,8	13,5	9,5	14,1	12,5	10	8,5
Bruttosozialprodukt	5,2	6,5	6	7,0	6	5,5	6,5

**3. Verwendung des Sozialprodukts in Preisen von 1980**

a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	949,9	967	999	465,1	501,5	480	519
Staatsverbrauch	335,4	334,5	339,5	162,7	172	165,5	174
Anlageinvestitionen	352,2	379	395,5	177,2	202	182,5	213
Ausrüstungen	154,2	169,5	180	77,2	92,5	82,5	97,5
Bauten	198,0	209,5	216	100,0	109,5	100	115,5
Vorratsveränderung	13,4	11	8,5	17,0	-6	16	-7,5
Außenbeitrag	51,0	80,5	82	40,1	40,5	40,5	41,5
Ausfuhr	582,4	650,5	686	319,8	331	339,5	347
Einfuhr	531,5	570,5	604	279,8	290,5	299	305,5
Bruttosozialprodukt	1701,8	1771,5	1825	862,0	909,5	885	940
nachrichtlich: Inlandsnachfrage	1650,9	1691,5	1743	822,0	869,5	844	898,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	2,7	2	3,5	1,7	2	3	3,5
Staatsverbrauch	2,2	-0,5	1,5	0,1	-0,5	1,5	1,5
Anlageinvestitionen	5,9	7,5	4,5	9,2	6	3	5,5
Ausrüstungen	7,5	10	6	10,6	9,5	7	5
Bauten	4,7	6	3	8,2	3,5	0	5,5
Ausfuhr	5,8	11,5	5,5	12,5	11	6	5
Einfuhr	6,3	7,5	6	7,6	7	7	5
Bruttosozialprodukt	3,6	4	3	4,6	3,5	2,5	3,5
nachrichtlich: Inlandsnachfrage	3,7	2,5	3	2,8	2	2,5	3,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1988 <sup>1)</sup>	1989 <sup>1),2)</sup>	1990 <sup>2)</sup>	1989		1990	
				1. Hj. <sup>1)</sup>	2. Hj. <sup>2)</sup>	1. Hj. <sup>2)</sup>	2. Hj. <sup>2)</sup>

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1980 = 100)  
Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	1,2	3,5	3	3,4	3,5	2,5	3
Staatsverbrauch	1,4	2	2	2,3	2	2	2
Anlageinvestitionen	1,4	3	4	2,8	3,5	4	4
Ausrüstungen	0,8	2,5	3,5	2,3	3	3,5	3,5
Bauten	1,9	3,5	4,5	3,3	4	4,5	4,5
Ausfuhr	1,8	3	2,5	3,1	3	3	2,5
Einfuhr	1,5	5,5	3	6,1	5	3	3,5
Bruttosozialprodukt	1,5	2,5	3	2,3	2,5	3	3

5. Einkommensentstehung und -verteilung  
a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1126,4	1178,5	1240	554,2	624,5	581,5	658,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	905,4	949	1001,5	446,1	503	469,5	532
Nettolohn- und -gehaltsumme	604,8	627,5	680	297,8	329,5	321	359
Bruttoeink. aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen	525,3	576	620	281,7	294	301,5	318,5
Nettoeink. aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen	451,3	489	537,5	239,9	249	263	274,5
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen <sup>5)</sup>	372,6	410,5	442	199,5	211	213,5	228,5
Nichtentnommene Gewinne	78,6	78,5	95,5	40,5	38	50	45,5
Volkseinkommen	1651,7	1754,5	1860	836,0	918,5	883	977
Abschreibungen	260,8	277,5	297,5	136,4	141	146	151,5
Indirekte Steuern abzüglich Subventionen	209,2	230	241	112,4	117,5	117	124,5
Bruttosozialprodukt	2121,7	2261,5	2399	1084,7	1177	1146	1252,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	3,9	4,5	5	4,5	5	5	5,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	3,9	5	5,5	4,7	5	5	6
Nettolohn- und -gehaltsumme	4,2	4	8,5	3,5	4	7,5	9
nachrichtlich:							
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	3,1	3,5	4	3,3	3,5	4	4,5
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	3,4	2,5	7	2,1	2,5	6,5	7,5
Bruttoeink. aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen	8,7	9,5	7,5	11,0	8,5	7	8,5
Nettoeink. aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen	8,8	8,5	10	9,2	7,5	9,5	10
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen <sup>5)</sup>	1,9	10	7,5	13,9	7	7	8,5
Volkseinkommen	5,4	6	6	6,6	6	5,5	6,5
Abschreibungen	4,6	6,5	7,5	5,9	7	7	7,5
Indirekte Steuern abzüglich Subventionen	4,1	10	5	11,6	8	4	6
Bruttosozialprodukt	5,2	6,5	6	7,0	6	5,5	6,5

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte  
a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	604,8	627,5	680	297,8	329,5	321	359
Empfangene laufende Übertragungen <sup>6)</sup>	343,6	355,5	371,5	175,6	180	183	188,5
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen	430,4	461	495	223,5	237,5	238,5	256,5
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	18,0	19	20,5	9,5	9,5	10	10,5
Geleistete laufende Übertragungen <sup>7)</sup>	37,4	40,5	42,5	19,6	21	20,5	22
Verfügbares Einkommen	1323,3	1384,5	1484	667,8	717	712	772
Privater Verbrauch	1156,8	1216,5	1294	584,3	632	619,5	674,5
Ersparnis	166,5	168,5	190	83,6	85	92,5	97,5
Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (Sparquote)	12,6	12	13	12,5	12	13	12,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1988 <sup>1)</sup>	1989 <sup>1),2)</sup>	1990 <sup>2)</sup>	1989		1990	
				1. Hj. <sup>1)</sup>	2. Hj. <sup>2)</sup>	1. Hj. <sup>2)</sup>	2. Hj. <sup>2)</sup>
b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr							
Nettolohn- und -gehaltsumme	4,2	4	8,5	3,5	4	7,5	9
Empfangene laufende Übertragungen <sup>6)</sup>	4,6	3,5	4,5	3,7	3,5	4	4,5
Entnommene Gewinne und Vermögenseink.	4,0	7	7,5	8,1	6,5	7	8
Verfügbares Einkommen	4,3	4,5	7	4,8	4,5	6,5	7,5
Privater Verbrauch	4,0	5	6,5	5	5	6	6,5
Ersparnis	6,5	1	13	2,6	-0,5	10,5	15

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates<sup>8)</sup>

a) Mrd. DM

Einnahmen							
Steuern	512,4	557	559	263,8	293	263,5	296
Sozialbeiträge	366,3	383	399,5	180,7	202,5	189	210,5
Erwerbseinkünfte	20,1	30,5	31	19,5	11	19,5	11
Sonstige laufende Übertragungen	25,2	23,5	24	11,3	12	11,5	12,5
Empfangene Vermögensübertragungen	6,7	6,5	7	2,9	3,5	3	3,5
Einnahmen insgesamt	930,8	1000,5	1020	478,1	522,5	486,5	534
Ausgaben							
Staatsverbrauch	411,5	419,5	435	194,1	225	201,5	233,5
Zinsen	59,9	61,5	63,5	33,9	28	35	28,5
Laufende Übertragungen an	438,9	450	469,5	219,7	230	230,5	239
Private Haushalte	349,4	362	378,5	178,9	183	187	191,5
Unternehmen	51,8	49	51	22,1	27	23,5	27,5
Ausland	37,7	39	40,5	18,7	20	20	20,5
Geleistete Vermögensübertragungen	31,0	32,5	30,5	13,4	19	13	17,5
Nettoinvestitionen	34,8	37,5	38,5	16,0	21,5	15,5	23
Ausgaben insgesamt	976,0	1000,5	1037	477,1	523,5	495,5	542
Finanzierungssaldo	-45,2	0	-17	0,9	-1	-9	-8

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	4,2	8,5	0,5	10,0	7,5	0	1
Sozialbeiträge	4,5	4,5	4	4,1	5	4,5	4
Erwerbseinkünfte	-26,3	51	1,5	104,5	3,5	1	2
Sonstige laufende Übertragungen	13,9	-7,5	3,5	-11,7	-3,5	2	5
Empfangene Vermögensübertragungen	5,8	-2	3	-10,6	5,5	6	1
Einnahmen insgesamt	3,7	7,5	2	8,9	6	1,5	2
Ausgaben							
Staatsverbrauch	3,7	2	3,5	2,4	1,5	4	3,5
Zinsen	3,5	3	3	4,9	1	3	3,5
Laufende Übertragungen an	5,8	2,5	4,5	2,3	2,5	5	4
Private Haushalte	4,7	3,5	4,5	3,2	4	4,5	4,5
Unternehmen	6,3	-5	3,5	-9,2	-1	6,5	1,5
Ausland	17,1	3	4	9,7	-3	7	1
Geleistete Vermögensübertragungen	-2,4	5	-6,5	2,1	7,5	-3	-8,5
Nettoinvestitionen	3,3	7,5	3,5	11,8	4	-3	8,5
Ausgaben insgesamt	4,4	2,5	3,5	2,8	2,5	4	3,5

1) Statistisches Bundesamt (Wirtschaft und Statistik, Heft 9/1989, und Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen) sowie eigene Berechnungen von Arbeitszeit und Produktivität; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — 2) Vorausschätzung der beteiligten Institute; Angaben gerundet. — 3) Veränderung der Zahl der Arbeitstage nur zur Hälfte berücksichtigt. — 4) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 je Erwerbstätigenstunde. — 5) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumtenschulden und öffentliche Schulden. — 6) Soziale Leistungen (nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen, der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen und deren Eigenbeiträge), Vorruhestandsgeld sowie Übertragungen an Organisationen ohne Erwerbszweck. — 7) Nicht zurechenbare Steuern, freiwillige Sozialbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u.ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen, internationale private Übertragungen. — 8) Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherung.

punkten toleriert, dann würde hierdurch das verfügbare monetäre Potential zu Lasten der möglichen Steigerung von Produktion und Beschäftigung beansprucht. Auch für den Reallohn wäre damit nichts zu gewinnen, denn in der 1990 zu erwartenden konjunkturellen Konstellation dürfte den Unternehmen eine Weiterwälzung der Kostensteigerung gelingen.

Alles spricht deshalb für Tariflohnvereinbarungen, die Anschluß an die bisherigen moderaten Abschlüsse halten. Entwicklungen in der Vergangenheit dürfen nicht zu Lösungen führen, die die künftige Ausweitung von Produktion und Beschäftigung gefährden. Wie schon in ihrem Frühjahrsgutachten sind die Institute auch jetzt der Meinung, daß im Konfliktfalle Einmalzahlungen, also Leistungen, die die Lohnkosten nicht dauerhaft erhöhen, die am besten verträgliche Lösung wären.

Konfliktstoff in der nächsten Lohnrunde birgt die Forderung nach einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit. Mit dem Argument der Entlastung des Arbeitsmarktes läßt sich schon allgemein die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung schwer begründen, weil sie den sonst möglichen Anstieg der Kaufkraft verringert. Hinzu kommt in der gegenwärtigen Situation, daß der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften weiter verstärkt würde. Sinkt das Arbeitsvolumen der knappen Fachkräfte, dann betrifft dies aber auch den Einsatz der komplementären, weniger qualifizierten Arbeitskräfte. Daher sollte man mit dem Instrument der Arbeitszeitverkürzung behutsam umgehen. Wenn die Arbeitnehmer das Gut Freizeit so hoch einschätzen, daß sie auf einen Teil der sonst möglichen Lohnerhöhung verzichten, muß gewährleistet sein, daß dies mit möglichst viel Flexibilität in der Handhabung für den einzelnen Arbeitnehmer und für den Betrieb geschieht. Im Vordergrund sollte dabei stehen, tarifliche Ab-

schlüsse und betriebliche Organisationsformen zu finden, die eine intensive Nutzung der Sachkapazitäten der Unternehmen ermöglichen.

Trotz der Besserung auf dem Arbeitsmarkt kann auf arbeitsmarktpolitische Instrumente wohl nicht verzichtet werden. Mit der langen Dauer der Unterbeschäftigung haben immer mehr Arbeitslose einen Teil ihrer Qualifikation eingebüßt bzw. haben sie nicht Schritt halten können mit dem Einsatz neuer Techniken. Werden diese Defizite nicht beseitigt, dann bestehen kaum Chancen, diese Menschen wieder in den Arbeitsprozeß zu integrieren. Das Programm der Bundesregierung zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen durch Lohnzuschüsse zielt deshalb in die richtige Richtung. Sicher gibt es bei dem Programm der Bundesregierung auch Mitnahmeeffekte. Sie scheinen hier jedoch spürbar geringer zu sein als bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

In mehrfacher Hinsicht besonders wichtig sind Bemühungen, Qualifizierungsdefizite bei Aus- und Übersiedlern durch Schulung abzubauen. Die berufliche — bei den Aussiedlern auch die sprachliche — Qualifizierung ist die wichtigste Voraussetzung für ihre gesellschaftliche Integration. Dieser Personenkreis sollte möglichst rasch in die Lage versetzt werden, durch Arbeitsaufnahme für seinen Lebensunterhalt selbst aufzukommen. Die große Zahl von Aus- und Übersiedlern stellt aber nicht nur eine Herausforderung für die Politik dar, sondern auch eine Chance. Mit dem Abbau von Qualifizierungsdefiziten der neu hinzukommenden Bundesbürger besteht die Möglichkeit, dem Facharbeitermangel zu begegnen und damit die Wachstumsaussichten in der Bundesrepublik zu verbessern. Wo immer möglich, sollte die Qualifizierung jedoch in den Unternehmen angestrebt und nicht vom Staat versucht werden.

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33  
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00  
BTX-Systemnummer • 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner,  
Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 125,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten